

Grandenzer Zeitung.

General-Anzeiger

für West- und Ostpreußen, Posen und das östliche Pommern.



Ersteinst täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen, kostet in der Stadt Grandenz und bei allen Postanstalten vierteljährlich 1 Mk. 80 Pf., einzelne Nummern (Pfeilschütter) 16 Pf. In der Provinz: 1 Mk. 80 Pf. Die gewöhnliche Beile für Privatbestellungen aus dem Reg.-Bez. Marienwerder, sowie für alle Stellschüsse und -Angebote, — 20 Pf. für alle anderen Anzeigen, — im Restammetheil 75 Pf. Verantwortlich für den redaktionellen Theil: Paul Fischer, für den Anzeigen- und Verlags-Teil: Albert Brosch, beide in Grandenz. — Druck und Verlag von Gustav Rösche's Buchdruckerei in Grandenz.

Brief-Adr.: „An den Gefelligen, Grandenz“. Telegr.-Adr.: „Gefellige, Grandenz“. Fernsprech- und Anruf Nr. 80.

Die Expedition des Gefelligen besorgt Anzeigen an alle anderen Zeitungen zu Originalpreisen ohne Porto- oder Spesenberechnung.

Bestellungen

auf das soeben begonnene erste Vierteljahr des „Gefelligen“ für 1897 werden von allen Postämtern und von den Landbriefträgern entgegengenommen.

Der Gefellige kostet wie bisher 1 Mk. 80 Pf. das Vierteljahr, wenn man das Blatt von einem Postamt abholt — 2 Mk. 20 Pf., wenn es durch den Briefträger ins Haus gebracht wird.

Die Expedition des Gefelligen.

Preussischer Landtag.

[Abgeordnetenhaus.] 14. Sitzung am 9. Januar.

Die Besprechung der Anfrage des Zentrumsmitgliedes Dr. Stephan-Weithen, betr. das Verbot politischer und anderer Versammlungen in Oberschlesien aus dem Grunde, weil in den Versammlungen polnisch gesprochen wurde, wird fortgesetzt.

Abg. Mundel (Freis. Bpt.): Es scheint mir das natürliche Recht zu sein aller Versammlungen, in der Sprache sich unterhalten zu dürfen, die dort geläufig ist, was auch, wie gestern angeführt wurde, das Oberverwaltungsgericht ausdrücklich anerkannt hat. Es will mir scheinen, als ob nicht die Bevölkerung sich einzurichten hat nach den betreffenden Kräften der Polizei, sondern daß die Polizei sich einzurichten hat nach dem vorhandenen Bedürfnis der Bevölkerung. (Sehr richtig! im Centrum.) Man kann im Allgemeinen wohl zufrieden sein, wenn die Polizeibehörden nur diejenige Sprache verstehen, die uns allen geläufig ist. (Heiterkeit.) Wenn aber eine Sprache in einer Gegend derart verbreitet ist, daß man hoffen darf, für eine Volksversammlung die nötige Zuhörerschaft zu finden, dann darf man auch die Forderung erheben, daß die polizeilichen Kräfte dafür vorhanden sind, die Sprache zu verstehen. (Sehr richtig!) Und wenn, wie der Minister gestern meinte, einmal eine Volksversammlung in lateinischer Sprache abgehalten werden sollte, so wird sich, falls diese Versammlung staatsgefährlich erscheint, wohl irgendwo in der Nähe ein Polizeipräsident finden, der diese Sprache versteht. (Große Heiterkeit.) In den vorliegenden Fällen sollten nun Versammlungen in hochpolnischer Sprache abgehalten werden. Der Minister meinte, daß in der Gegend nur wasserpölnisch gesprochen werde. Wenn in dieser Gegend genügend sprachkundige Menschen vorhanden sind, um eine Versammlung zu führen, dann will es mir doch nicht einleuchten, warum die Polizeibehörden sich nicht mit den nötigen Kräften haben ausrüsten können. (Sehr richtig!) Wohin soll es denn führen, wenn als Prinzip angesehen wird, daß in der Versammlung nur die Sprache gesprochen werden darf, die gerade der überwachende Polizeibeamte versteht. (Sehr gut! links und im Centrum, Lachen rechts.) Die deutsche Sprache hat bekanntlich sehr viele Fremdwörter in ihren Sprachkörper aufgenommen und diese Fremdwörter sind nicht immer allen geläufig. Soll der überwachende Beamte auch ermächtigt sein, den Gebrauch eines ihm unverständlichen Fremdwortes zu verbieten? (Sehr gut, links und im Centrum, lebhafter Widerspruch rechts und bei den Nationalliberalen.) Nun, es kann doch sehr oft vorkommen, daß Fremdwörter gebraucht werden, die über den Horizont der betreffenden Polizeibeamten hinausgehen. (Lachen rechts.) Wenn die kontrollierende Behörde die Versammlung überwachen will, so muß sie sich auch die geeigneten Personen auswählen, und wenn sie diese nicht hat, dann muß sie sich solche eben verschaffen. Wenn irgendwo in Ostpreußen der Gebrauch der deutschen Sprache verboten ist, so ist uns dieses unangenehm; aber was der deutschen Sprache recht ist, muß auch der polnischen Sprache recht sein. Ich hoffe deswegen, daß in dem angelegentlichsten Gehehe keine unserer Volksrechte vernachlässigt werden wird. (Beifall.)

Abg. v. Sydbrand u. d. Rala (Lous.): Es wird die Frage sein, ob im Einzelnen der Gebrauch der nicht deutschen Sprache als eine Umgehung des Uebervachungsrechtes anzusehen ist. Von diesem Standpunkte aus kommt man zu der Frage, ob das geltende Recht ausreicht, um den Anforderungen gerecht zu werden, die wir an eine preussische, an eine deutsche Staatsregierung in diesen Ländern zu stellen haben. (Lebhafter Zustimmung rechts.) Es kann nicht geleugnet werden, daß die Fälle, auf welche sich die Interpellation stützt, zum Hintergrund die politische Lage Oberschlesiens haben. Schlesien hat seit über 700 Jahren nicht mehr zum Polenreiche gehört. Mittel- und Niederdeutsch sind ganz deutsch, auch in Oberschlesien sind die Städte mit wenigen Ausnahmen, sowie auch eine ganze Reihe ländlicher Bezirke deutsch. In den übrigen Theilen spricht man eine Mischmaschsprache slavischer Art, die mit deutschen Elementen durchsetzt ist; eine rein polnische Sprache ist sie jedenfalls nicht. Was die staatliche Auffassung der Oberschlesier angeht, so haben sie seit länger als 100 Jahren nichts anderes sein wollen als Preußen. Leider ist die Auffassung weiter Bevölkerungskreise anders geworden. Es wird der ober-schlesischen Bevölkerung so hingestellt, als ob sie in ihrer Muttersprache behindert werden sollte. (Sehr wahr! im Centrum.) Die deutsche Sprache und ihre Kenntniss liegt im wirtschaftlichen Interesse der Bevölkerung des Landes, das doch zu Preußen und zum deutschen Reiche gehört. (Bravos! rechts.) Eine eigentliche ober-schlesisch-polnische Schriftsprache existiert nicht. Was bleibt übrig? Nichts als eine von außen hineingetragene Agitation, die als berechtigt nicht bezeichnet werden kann. (Sehr wahr! rechts.) Es wird den Bewohnern Oberschlesiens vorzählt, sie seien Großpolen. Was soll es bedeuten, wenn Vereine mit Emblemen auftreten, die nur eine Bedeutung hätten, wenn ein Großpolen bestände? Wir erwarten und fordern von der Staatsregierung, daß sie mit aller Energie derartige Bestrebungen unterdrückt. (Beifall rechts.) Wenn die jeweiligen gesetzlichen Bestimmungen nicht genügen, so mag die Regierung mit neuen Gesetzen an uns herantreten. (Beifall rechts — Lärm links und im Centrum — erneuter Beifall rechts.) Wenn das bestehende Recht nicht ausreicht, mag man es ergänzen! Wir erwarten und wünschen von der königlichen Regierung, daß sie thut, was wir von einer preussischen Regierung fordern können und müssen. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Kirsch (Chr.). Was der Herr Minister in tatsächlicher Beziehung gestern mitgeteilt hat, stützt sich auf Berichte der Verwaltungsorgane, und er meint, diese verdienen mehr Glauben, als die Schilderungen des Herrn Kollegen Stephan. Nach den verschiedensten Erscheinungen glaube ich aber, daß keine Vorgänge genügend klar gestellt sind, so lange sie nicht gerichtlich erwiesen sind. Wunder nimmt es mich, daß der Herr Minister so wenig Werth auf das Erkenntnis des Oberverwaltungsgerichts legt. Wir ist es nicht zweifelhaft, daß auch das Kammergericht oder das Reichsgericht diesem Erkenntnis beigetreten wäre. Meiner Ansicht nach dürfen für die Aufhebung politischer Versammlungen nicht politische Gründe, sondern allein das geltende Recht maßgebend sein. (Beifall im Centrum und links.)

Abg. Frhr. von Redlich (freis.): Das Oberverwaltungsgericht ist unser oberster Gerichtshof für das öffentliche Recht, und seine Urtheile stehen gleich den Urtheilen des auf anderen Gebieten ihm parallel stehenden Reichsgerichts und des Kammergerichts. Meine politischen Freunde stehen in allen wesentlichen Punkten auf dem Standpunkt des Herrn von Sydbrand. (Beifall rechts.) Das Vereins- und Versammlungsrecht ist keineswegs unbeschränkt, sondern es sind bezüglich des Mißbrauchs desselben Einschränkungen vorgehen. Das Urtheil des Oberverwaltungsgerichts von 1876 hat wohl Versammlungen mit fremder Sprache zulassen wollen, aber doch nur soweit, als das Uebervachungsrecht dadurch nicht hinlänglich gemacht wird, und ich bin überzeugt, daß, wenn von diesem Gesichtspunkte einer vernünftigen Auslegung des Vereinsgesetzes aus eine nochmalige Prüfung stattfindet, man dann auch dem gerecht werden muß. Die Regierung hat die Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß sie von ihrem gesetzlichen Recht Gebrauch machen kann. (Sehr wahr! rechts.) Man soll nicht zu einer schättschönen Auslegung des Vereinsgesetzes kommen, sondern event. die Gesetze anrufen, um gegen solche Bestrebungen vorzugehen, welche beabsichtigen, entweder äußerlich oder innerlich die festen Stützen unseres Staatslebens zu untergraben, und ich erlaube als solche nicht nur diejenigen Bestrebungen, welche darauf abzielen, von außen die Grenzen abzubrechen und Theile vom Lande loszulösen, sondern auch diejenigen, welche darauf abzielen, von innen heraus unser Staats- und Rechtsleben zu Grunde zu richten. (Lebhafter Beifall rechts.) In Oberschlesien hat man von einer großpolnischen Agitation bis vor kurzer Zeit nichts gewußt, diese ist plötzlich dort hineingetragen. Wenn in Weithen einer der Hauptagitatoren für das Großpolnische der Hauptredner sein sollte, so hätte die Regierung nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, dem entgegenzutreten. Wir werden der Regierung den Rücken stärken, wenn sie unsere ober-schlesische Bevölkerung zu gesinnungstüchtigen Mitgliedern des Staates erziehen will. Nach dieser Richtung ist es notwendig, thätig und energisch einzugreifen und nicht nach irgend einer Richtung hin zu schwanken, und wenn unseren Gemeinwesen Gefahr droht und die Regierung zielbewußt vorgeht, so darf sie der Unterstützung der großen Mehrheit dieses Hauses sicher sein. (Lebhafter Beifall rechts — Lachen links.)

Abg. Dr. Stephan (Weithen, Chr.): Das Vereinsrecht darf nicht hinter das Uebervachungsrecht gestellt werden. Die Herren von der Rechten würden, glaube ich, überhaupt ganz anders sprechen, wenn sie in derselben Lage wären, wie die Polen. In Königshütte spricht der größere Theil der Bevölkerung nicht deutsch; wie soll man da in deutscher Sprache Versammlungen abhalten? Ich könnte Ihnen viele Fälle anführen, in denen das Deutlichkeit durch das unglaublich ungeschickte Gebahren unserer Beamten Schaden genommen hat. (Beifall im Centrum.)

Abg. Dr. Krause (Vertreter für Königsberg, nationallib.): Wenn man sich die drei (in der Zentrumsanfrage erwähnten) Fälle genau anschaut, so scheiden zwei ganz aus. In Weithen ist es ja wirklich gesprochen worden, und das ist unbestanden geblieben; erst dann, als der Abg. Krause die polnische Sprache anwandte, wurde die Versammlung aufgelöst. Hier will ich meinetwegen zugeben, daß die Auflösung wegen des Gebrauches der polnischen Sprache erfolgte. In Weithen jedoch liegt der Fall ganz anders. Der Beamte sagte dort, es müsse deutsch gesprochen werden, weil er polnisch nicht verstehe. Da schloß der Vorsitzende von selbst die Versammlung. Hier kann man von einer Unterredung mit dem Beamten dieser die Ueberezeugung gewonnen hätte, daß eine Auflösung der Versammlung nicht nötig sein würde. Die Versammlung in Weithen soll kurz nach der Eröffnung aufgelöst worden sein. Aus welchem Grunde, hat der Abg. Stephan nicht gesagt. Er hat nur mitgeteilt, daß der Amtsvorsteher vorher zwei Punkte angegeben habe, die zu einer Auflösung der Versammlung führen könnten. Aus welchem dieser beiden Gründe die Versammlung aufgelöst worden ist, wissen wir bis jetzt noch nicht. Diese zwei Fälle scheiden also aus. Wenn das Erkenntnis des Oberverwaltungsgerichts allgemeine Folgerungen ausgesprochen hat, so weiß der Abgeordnete Stephan so gut wie ich, daß die Gerichte überhaupt nicht prinzipielle Feststellungen machen, sondern für den einzelnen Fall Recht sprechen. Der jeweilige Thatbestand ist für jedes Urtheil entscheidend. Trotz allgemeiner Redewendungen eines Erkenntnisses kann in irgend einem andern Fall sehr wohl eine andere Rechtsprechung erfolgen. Ich halte es eben für das Recht und die Pflicht der einzelnen, die da glauben, daß ihnen Unrecht geschehen sei, das Gericht anzurufen, ebenso wie es das Recht und die Pflicht der Staatsregierung ist, wenn die Ansicht des Oberverwaltungsgerichts nicht zutreffend ist, Veranlassung zu nehmen, die Sache noch einmal einem Rechtspruch zu unterwerfen. (Sehr richtig!) Wenn Rechtsmittel gegeben sind, soll man davon Gebrauch machen. Wenn aber darüber hinaus die Sache hier zur Sprache gebracht wird, so kann Ihnen nicht allein die bloße Rechtsfrage Veranlassung sein, sondern Sie wollen sogar politisch Kapital schlagen. Lebhafter Zustimmung bei den Nationalliberalen und rechts, Widerspruch im Centrum und bei den Polen.) Sie (zu letzteren) haben die Rechtsmittel, die bei uns Gott sei Dank nicht verjagen. Aber Sie wollen agitieren und wählen. (Große Unruhe bei den Polen.) Ich kann den Vorwurf nicht unterdrücken, daß man nicht rechtzeitig und energisch genug dagegen vorgegangen ist. (Zustimmung rechts und bei den Nationalliberalen.) Ich verpflichte dem Freiherrn v. Redlich vollkommen bei. Es kann nicht



Auflösung also nicht sprechen. Es ist ja möglich, daß durch eine Unterredung mit dem Beamten dieser die Ueberezeugung gewonnen hätte, daß eine Auflösung der Versammlung nicht nötig sein würde. Die Versammlung in Weithen soll kurz nach der Eröffnung aufgelöst worden sein. Aus welchem Grunde, hat der Abg. Stephan nicht gesagt. Er hat nur mitgeteilt, daß der Amtsvorsteher vorher zwei Punkte angegeben habe, die zu einer Auflösung der Versammlung führen könnten. Aus welchem dieser beiden Gründe die Versammlung aufgelöst worden ist, wissen wir bis jetzt noch nicht. Diese zwei Fälle scheiden also aus. Wenn das Erkenntnis des Oberverwaltungsgerichts allgemeine Folgerungen ausgesprochen hat, so weiß der Abgeordnete Stephan so gut wie ich, daß die Gerichte überhaupt nicht prinzipielle Feststellungen machen, sondern für den einzelnen Fall Recht sprechen. Der jeweilige Thatbestand ist für jedes Urtheil entscheidend. Trotz allgemeiner Redewendungen eines Erkenntnisses kann in irgend einem andern Fall sehr wohl eine andere Rechtsprechung erfolgen. Ich halte es eben für das Recht und die Pflicht der einzelnen, die da glauben, daß ihnen Unrecht geschehen sei, das Gericht anzurufen, ebenso wie es das Recht und die Pflicht der Staatsregierung ist, wenn die Ansicht des Oberverwaltungsgerichts nicht zutreffend ist, Veranlassung zu nehmen, die Sache noch einmal einem Rechtspruch zu unterwerfen. (Sehr richtig!) Wenn Rechtsmittel gegeben sind, soll man davon Gebrauch machen. Wenn aber darüber hinaus die Sache hier zur Sprache gebracht wird, so kann Ihnen nicht allein die bloße Rechtsfrage Veranlassung sein, sondern Sie wollen sogar politisch Kapital schlagen. Lebhafter Zustimmung bei den Nationalliberalen und rechts, Widerspruch im Centrum und bei den Polen.) Sie (zu letzteren) haben die Rechtsmittel, die bei uns Gott sei Dank nicht verjagen. Aber Sie wollen agitieren und wählen. (Große Unruhe bei den Polen.) Ich kann den Vorwurf nicht unterdrücken, daß man nicht rechtzeitig und energisch genug dagegen vorgegangen ist. (Zustimmung rechts und bei den Nationalliberalen.) Ich verpflichte dem Freiherrn v. Redlich vollkommen bei. Es kann nicht

energisch genug gegen unberechtigte agitatorische und national-polnische Demonstrationen vorgegangen werden. In diesem Vorgehen wird die Regierung auch unsere Sympathie stets haben. Es fragt sich nun, reichen unsere Gesetze aus oder nicht. Ich für meine Person glaube, daß eine Aenderung nicht notwendig ist, daß unsere Gesetze vollkommen ausreichen. Wir sind darin einig, daß in Deutschland und Preußen leblich nach Gesetz und Recht gehandelt werden soll. (Zuruf: Soll!) Wenn irgendwo dagegen gefeßt wird, so giebt es Rechtsmittel dagegen. Andererseits sind wir aber auch darin einig, daß jede unberechtigte, das Deutschtum und das Nationalgefühl gefährdende Agitation bekämpft werden muß. (Lebhafter Beifall bei den Nationalliberalen und rechts.)

Abg. Mottz (Pole) weist darauf hin, daß die Behandlung der Polen in den letzten Jahren nicht derartig sei, wie sie sich für ein friedliches Zusammenleben empfehle. Die Behauptung des Ministers, daß von einer Sprachenfrage nicht die Rede sei, stimme nicht mit den Thatigkeiten überein. Die polnischen Vereine seien ein Damm gegen die Sozialdemokratie. In gleichem Sinne spricht auch der

Abg. Wolczt (Chr.), der den (angeblichen) moralischen Werth der polnischen Vereine betont.

Abg. Nidert (freis. Ver.) tritt für eine gleichmäßige Behandlung aller Staatsbürger ein und meint, daß das bestehende Recht ausreicht. Die Rede des Ministers bedeute sich nicht mit den Ausführungen des Oberverwaltungsgerichts.

Minister des Innern v. d. Neide: Ich kann dem Herrn Abgeordneten nur raten, die weitere Entwicklung abzuwarten, und es wird sich dann herausstellen, mit welchen Absichten sich die königliche Staatsregierung trägt. Die Herren bleiben ja noch lange genug hier zusammen. Was den Unterschied zwischen wasserpölnisch und hochpolnisch anbetrifft, so habe ich zu meiner Information eine Aufstellung machen lassen von einer großen Anzahl Worte in wasserpölnischer und in hochpolnischer Mundart. Denjenigen Herren, welche sich für die



Sache interessieren, stelle ich diese Aufstellung gern zur Verfügung. Die königliche Staatsregierung ist der Meinung, daß aller großpolnischen Agitation mit aller Energie entgegenzutreten werden muß. Es geht nicht an — und das gilt in hervorragendem Maße auch von anderen Landestheilen als Oberschlesien — es geht nicht an, daß sich Staaten im Staate bilden, daß die Bevölkerung vergrößert, daß sie Preußen sein sollen. (Bravos rechts.) Sollte jene Bewegung nicht mit einer vorübergehenden sein, sollte sie sich mehr und stärker, so ist die Staatsregierung entschlossen, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln dagegen einzuschreiten. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Dabach (Centr.) bemerkt, die Schonung der Muttersprache fördere das nationale Interesse. In der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts sei in Lothringen grundtätig von Französischbestrebungen Abstand genommen, wodurch Frankreich bei der deutschen Bevölkerung die heute noch bewahrte Sympathie für sich gewonnen habe.

Darauf wurde die Vorlage betr. die Abänderung des Gesetzes über die Errichtung und Erhaltung von Fortbildungsschulen in Westpreußen und Posen vom 4. Mai 1886 erörtert.

Abg. v. Schenkendorf (natl.) empfiehlt, das Gesetz ohne Kommissionsberatung zu erledigen.

Abg. v. Jadzewski (Pole) hebt hervor, daß in den Landestheilen mit Bevölkerung polnischer Zunge einzelne Gemeindebehörden Fortbildungsschulen deshalb nicht errichteten, weil sie wüßten, daß die Bevölkerung derartige Schulen nicht wünsche. Seine Freunde könnten für das vorliegende Gesetz nur stimmen, wenn in den Fortbildungsschulen der Religionsunterricht nicht vernachlässigt und der Unterricht in der Muttersprache erteilt würde.

Handelsminister Breslow: Das Gesetz von 1885 hat auch in Posen und Westpreußen gute Erfolge gehabt, bis durch Kammergerichtsentscheidungen die Polizeiverordnungen für ungültig erklärt wurden, auf Grund deren in solchen Gemeinden Fortbildungsschulen errichtet werden mußten, in denen sie nicht laut Ortsstatut errichtet wurden. Dieses Hindernis soll jetzt auf gesetzlichem Wege beseitigt werden, und ich glaube, wir können das Gesetz zum Abschluß bringen, ohne uns in detaillierte Debatten über das Fortbildungsschulwesen selbst oder die Polensfrage einzulassen. Den Unterricht in polnischer Sprache zu erteilen, ist nicht möglich. Deutsch ist die Sprache des öffentlichen Lebens wie der Schule. (Bravos! rechts.) Die Fortbildungsschule knüpft an die Elementarschule an, in der auch Deutsch die Unterrichtssprache ist. (Bravos!)

Abg. Graf v. Limburg-Stirum: Die Ausführungen des Abg. v. Jadzewski zeigen, wohin man mit Konzessionen kommt, die man den Polen macht. Es wird jetzt schon der polnische Unterricht in der Fortbildungsschule verlangt! Daraus sollen wir die Lehre ziehen, keine Konzessionen in Bezug auf die polnische Sprache zu machen. (Zustimmung rechts.) Was nun die Störung der Sonntagsruhe durch den Fortbildungsschulunterricht anlangt, so ist ja von den Technikern betont, daß der Zeichenunterricht Abends darum nicht gut erteilt werden kann, weil nach der Arbeit die Hand nicht Ruhe genug dazu hat; die Frage ist also nur, ob man für besser hält, den Zeichenunterricht fortlassen zu lassen, oder ihn am Sonntag zu erteilen.

Abg. Vachem (Chr.) wendet sich dagegen, daß das Gesetz an Sonntagen außerhalb der Zeit des Hauptgottesdienstes den Fortbildungsunterricht gestatte.

Abg. Sattler (nl) hält es mit der Sonntagsruhe sehr wohl für vereinbar, wenn sich die jungen Leute nützlich beschäftigen und auf diese Weise vom Besuche weniger nützlicher Lokalitäten abgehalten werden. Jede ehrliche Arbeit sei eine Art Gottesdienst. Die Nationalliberale Partei stimme dem Gesetze freudig zu, weil es ein weiterer Schritt auf dem 1886 beschrittenen Wege sei.

Abg. Schröder (Pole) erklärt, weil die Fortbildungsschulen in den polnischen Landestheilen nicht den Zweck haben, die jungen Leute für ihren zukünftigen Beruf besser vorzubereiten, sondern

nie in den Dienst der Germanisirungsbestrebungen gestellt wurden, müßten seine Freunde das Gesetz entschieden ablehnen.

Abg. v. Tschappe (freik.) : Wir halten es für selbstverständlich, daß überall und allem deutsch die Unterrichtssprache in den Fortbildungsschulen sein kann. Wir nehmen auch an den Bestimmungen über den Sonntagsunterricht keinen Anstoß.

Abg. Sattler (nl.) führt aus, die Behauptung der Abg. Schröder und Jagdzowski, mit dem preussischen Fortbildungsgezet wolle man nur das polnische Element schädigen, sei unrichtig, diese Schulen führen den jungen Bewohnern der polnischredenden Landestheile eine große Menge von Kenntnissen zu, und dafür sollten die Polen dankbar sein.

Der Antrag des Abg. Bachem, die Vorlage der Unterrichts-Kommission zu überweisen, wird gegen die Stimmen des Zentrums und der Polen abgelehnt. Gegen die sofortige Vornahme der zweiten Beratung erhebt der Abg. v. Jagdzowski Widerspruch.

Nächste Sitzung: Montag (Lehrerbildungsgezet)

Eine neue Handels-Vertretung.

Eine Versammlung Vertreter von fast allen preussischen Handelsplätzen tagte Sonnabend und Sonntag in Berlin, um über die durch die neue Gesetzgebung und deren Ausführung für den Getreide- und Produkten-Handel geschaffene Lage zu beraten.

Es wurde nach eingehender Erörterung über die wichtigsten Punkte einstimmig beschlossen:

1) Die Gründung einer Organisation für den deutschen Getreide- und Produkten-Handel mit dem Sitz in Berlin,

2) Seitens der beteiligten Vereinigungen keinerlei Preisermittlungen zu veranstalten und weder direkt noch indirekt zu veröffentlichen.

Die Satzungen der neuen Organisation bestimmen als Zweck derselben in erster Reihe die Wahrung der Ehre und des Ansehens ihrer Mitglieder und ferner die Förderung der wirtschaftlichen Interessen derselben.

Danach will also der „Produktenhandel“ die Gesetzgeber, welche das Börsegezet gemacht haben, weiter in Verlegenheit setzen und keinerlei Preisnotierungen mehr veröffentlichen. Ein Zwangsmittel, die „Freienden“ Produktenhändler an die Börse zurückzuführen, wie sich das manche heißblütige Leute gedacht haben mögen, giebt es nicht und es ist jetzt die ganz sonderbare Lage eingetreten, daß in verschiedenen Handelsplätzen, z. B. in Berlin und Stettin, die Produzentenbörse beseitigt ist und viele der beteiligten Produzenten den Wunsch hegen, daß sie wiederhergestellt werden möge.

Es ist begreiflich, daß diejenigen Kaufleute, welche glauben, durch das neue Börsegezet geschädigt zu werden, der Börse den Rücken zuwenden und die Geschäfte, von denen sie ihren Lebenserwerb herleiten, auf Wegen abzuwickeln suchen, die nicht durch das neue Gezet berührt werden. Ob diese Wege aber schließlich zu dem gewünschten Ziele führen werden, ist doch zweifelhaft. Wenn es jetzt gelungen ist, eine Einigkeit mit allen Interessenten dahin zu erzielen, daß auf alle vorhandenen Börseneinrichtungen und deren Vortheile verzichtet wird, so wird es sich doch fragen, ob diese Einigkeit noch weiter erhalten bleiben wird, wenn das Getreidegezet, das in den letzten Monaten so sehr darniederlag, sich auf dem Weltmarkt wesentlich beleben wird, und wenn dann neue Interessenten auftreten werden, die, wie es in einzelnen Provinzialstädten schon heute der Fall ist, kein Bedenken tragen werden, sich auch in Berlin den Bestimmungen der Börsenordnung zu unterwerfen und von den Vortheilen der Börseneinrichtungen Gebrauch zu machen.

In einem Artikel der Berliner „Zukunft“: „Die Empörung der Börsen“, urtheilt ein Jacqmann, der unter dem Pseudonym „Auto“ schreibt, folgendermaßen:

„Ganz richtig hatten die Getreide- und Produktenhändler erkannt, daß die Regierung von ihnen eine weniger günstige Meinung hegt als vom Effektenverfehrer, dem auch unter Auswärtiges Amt eine Art politischer Bedeutung beizumessen. Das Termingeschäft in Getreide war verboten, die darin thätigen Kaufleute brauchen also die Börse nicht mehr. Da sie nun vor aller Augen die gewohnten Räume schweren Herzens verließen, spielten sie uns ein Opfer vor, das eigentlich gar nicht gebracht wurde. Ruhig wird das Effektivgeschäft weiter mit den Mühlen gemacht; und falls die großen Firmen innerhalb ihrer neuen Kasinos noch ferner zu Verleierungsverkäufen Lust haben, dürfte es ihnen kaum an einer Kontrepartie fehlen. Allerdings fällt das Publikum jetzt aus, namentlich fehlen die Schearen der Gutsbesitzer. Im März und April, wenn die Felder grün zu werden beginnen, pflegte der größere Ackerbauer sonst nach den Berliner Notierungen zu sehen, die ihm doch annähernd sagen konnten, ob er vorwärts kam. Künftig fehlt ein solcher Maßstab; und wenn das geschäftliche Sicherheitsgefühl des Landmannes dennoch nicht anseht, so kann der Termingeschäft ruhig weiter verboten bleiben. Erst aber eine Unzufriedenheit ein, vermag der Weiser sein Getreide nur zu ganz unkontrollirbaren Preisen abzugeben, nur so sollte man objektiv genug sein, mit der Möglichkeit einer Veränderung der neuen Geetze zu rechnen, die nur von den Agrariern selbst angebahnt werden kann.“

Zur „Aufklärung“ über die Vorgänge an der Berliner Produktenbörse veröffentlicht Herr Oberamtmann Ring-Düppel bei Zehlendorf einen Artikel in der „Deutschen Tageszeitung“. Es heißt darin:

„Zwischen dem ehrlichen Kaufmann und dem Börsenjobber, der durch Termispekulation und Blankoangebot in Papiergetreide und ausländischem Korn fortwährend Angebot und Nachfrage zu beeinflussen sucht und dadurch den deutschen Bauer in den letzten Jahren wiederholt um die Früchte seiner mühevollen Arbeit gebracht hat, unterscheiden wir genau, und sicherlich mit uns die gewaltige Majorität des deutschen Volkes. Da aber an den Börsen und Märkten die bisherige Organisation nicht genügt hat, um künstliche Preistreiber und bedenkliche Manipulationen zu unterdrücken (siehe Börsen-Enquete), so ist durch das Börsen- und das Landwirtschaftskammergezet der Landwirtschaft endlich die ihr längst zukommende Mitwirkung an den Börsen und Märkten, wo ihre Produkte gehandelt werden, übertragen worden. Dieses Recht werden wir uns nimmermehr schmälern lassen.“

Diese „Mitwirkung“ wünschen eben die Produktenhändler in Berlin nicht.

Der Vorstand der ostpreussischen Landwirtschaftskammer veröffentlicht eine Erklärung, welche sich mit dem Verhalten des Vorsteheramtes der Königsberger Kaufmannschaft befaßt. In einem Schreiben vom 16. September 1896 hatte die Landwirtschaftskammer eine andere Notierung (nach Qualität) landwirtschaftlicher Produkte erbeten, das Vorsteheramt der Kaufmannschaft hatte aber die Form dieses Schreibens zurückgewiesen, welche der gegenseitigen Stellung in keiner Weise entspräche und den Wunsch abgelehnt. Das Vorsteheramt hatte die Verfügung

des Handelsministers, daß ein Mitglied der Landwirtschaftskammer bei Probeentnahmen und Probewiegungen des Getreides mitzuwirken hat, abgelehnt, sich aber bereit erklärt, die vereideten Mäster anzuweisen, soweit sie dazu im Stande sind, die Mengen inländischen Getreides nach den einzelnen in den Schlußscheinen vermerkten Qualitätsgewichten, welche durch sie täglich an der Königsberger Börse verkauft werden, dem Vertreter der landwirtschaftlichen Interessenten unmittelbar aufzugeben; diesem letzteren bliebe es überlassen, die Ergebnisse zusammenzustellen und einzureichen.“

Darauf erklärt nun der Vorstand der ostpreussischen Landwirtschaftskammer:

„Der Vorstand der Landwirtschaftskammer erkennt nicht an, daß in dem Erlass Schreiben in der Form irgend etwas gefehlt wäre und kann die vom Vorsteheramt für die Ablehnung angeführten Gründe als stichhaltig nicht ansehen, findet vielmehr in der Ablehnung ein mangelndes Entgegenkommen.“

In den Vorschlägen des Vorsteheramtes erblickt der Vorstand ein vollständiges Verfehlen der Stellung, welche der Landwirtschaftskammer gesetzlich zugesichert ist. Die Mitwirkung des Vertreters der Landwirtschaft bei der Probeentnahme ist notwendiges Erfordernis unserer Beteiligung überhaupt; pflichtvergeßen würde der Vorstand handeln, wenn er, dem Wissen des Vorsteheramtes entsprechend, nur Zahlen zusammenstellte und bestimme, an deren Zustandekommen er in keiner Weise mitgewirkt hat. Wir überlassen die Beurtheilung nunmehr getrost unseren Berufsgenossen.“

Berlin, den 11. Januar.

Der Kaiser wird sich am 15. Januar zur Hofjagd nach Dackow begeben.

Die mit Befremden bemerkte Thatsache, daß der Erlass des Kaisers, betreffend das Luell-Anwesen, zuerst gleichzeitig in zwei Kölner Blättern veröffentlicht wurde, wird nach der „Münd. Abg. Ztg.“ dadurch erklärt, daß an sämtliche Armee-Korps Abzüge des Erlasses gelangt wurden, und daß das Kommando des rheinischen Korps es für gut befand, die „Köln. Ztg.“ und die „Köln. Volksztg.“ in die Lage zu versetzen, daß sie den Erlass veröffentlichen konnten.

Fürst Bismarck machte am Sonnabend Nachmittag, wie aus Friedrichshagen gemeldet wird, trotz des scharfen Sturmes eine längere Spazierfahrt in den Sachsewald. Der Gesundheitszustand des Fürsten ist gegenwärtig recht befriedigend.

Im Abgeordnetenhaus wird von den Herren Ring, von Mendel-Steinfeld, unterstützt von der konservativen Fraktion, folgender Antrag eingebracht werden:

„Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, die künftige Staatsregierung zu ersuchen, dahin zu wirken: 1) daß das über die See- und Landquarantäne eingehende ausländische Vieh einer vierwöchentlichen Quarantänezeit und einer Tuberkulinsprobe unterworfen; 2) daß die Einfuhr russischen Geflügels und russischer Schweine untersagt; 3) daß laut Artikel 6 der Viehhegekonvention mit Oesterreich-Ungarn sofort zeitweise Sperrung gegen die Rindvieh-Einfuhr aus Oesterreich-Ungarn angeordnet wird.“

Frankreich macht sich an Abessynien heran und scheint die Absicht zu haben, ihm die frühere italienische Schutzherrschaft erlegen zu wollen. Menelik, der Negus von Abessynien, ist benachrichtigt worden, daß er in offizieller Weise zu der Pariser Weltausstellung im Jahre 1900 eingeladen werden wird. Menelik verspricht die Einladung anzunehmen, von Paris werde er mit Gefolge nach Petersburg reisen.

Italien. In Rom und in den Provinzen sind am Sonnabend alle sozialdemokratischen Klubs und Arbeitskammern polizeilich geschlossen worden. Unter den Arbeitern herrscht infolgedessen große Aufregung.

Ungland. Der Zar leidet, wie aus Petersburg verlautet, an den Folgen körperlicher Ueberanstrengung und es ist deshalb von einer theilweisen Entlassung seiner Person von den Staatsgeschäften die Rede. Demnächst beabsichtigt der Zar mit der Zarin eine Reise nach der Krim und zwar nach Livadia zu unternehmen. Die Reise rathen dazu, da der Zar sehr nervös ist. Der Aufenthalt in Livadia soll zwei Monate dauern; während dieser Zeit wird der Zar nur die allerwichtigsten Regierungsgeschäfte führen, während der Großfürst Michael Nikolajewitsch die militärischen Angelegenheiten, Pobjedonoszew die zivilen Fragen erledigen soll.

Aus der Provinz.

Graudenz, den 11. Januar.

Die Weichsel ist bei Graudenz auf 1,14 Meter gefallen.

Das Wasser der Weichsel ist bei Thorn bis auf 0,35 Meter gefallen. Auf der Strecke zwischen der Grenze und der Drenowmündung, wo vor einigen Tagen das Eis abgeschwommen war, ist die Weichsel aufs Neue zugefroren. Bei Warschau ist der Wasserstand seit Sonnabend von 1,83 auf 1,75 Meter gesunken.

Gegen Ende des Jahres 1895 wurde bekanntlich vor allem den Kapellmeistern des 5. und 2. Armee-Korps das Spielen polnischer Melodien unterjagt. Die polnische Presse sprach damals ziemlich zuversichtlich die Erwartung aus, das Verbot würde im Laufe des Jahres 1896 wieder aufgehoben werden. Das ist indessen nicht geschehen. Uebrigens ist das Verbot wesentlich weitergreifend, als angenommen wird. Es ist den Kapellmeistern und Militärmusikern nicht nur das Spielen polnischer Melodien in Konzerten und im Theater (auch in Kurorten) untersagt, sondern auch bei polnischen Hochzeiten, Jubiläen und Familienfesten, überhaupt bei jeder Gelegenheit auch in den engsten privaten Kreisen. Jetzt, um Neujahr, haben nun verschiedene Obersten sowohl vom 5. wie vom 2. Armee-Korps Gelegenheit genommen, den Kapellmeistern das Verbot noch einmal mündlich einzuschärfen. Es ist also an eine Aufhebung dieses Verbots nicht zu denken.

Ein sehr angesehener Mitglied der Nationalliberalen Partei, Amtsrath Bernhard Seer aus Michowiz, beging am 9. Januar in voller Muthigkeit im Kreise seiner Familie seinen 80. Geburtstag. Seit dem Jahre 1860 ist er Pächter der Domäne Michowiz im Kreise Bromberg und hat dort auf vorgeschobenem Posten stets in erster Reihe gestanden, was es galt, patriotisch das deutsche Interesse gegen das Polenthum wahrzunehmen und die Interessen seines Berufs gegen schädliche Uebertreibung. Dem entspricht auch die dankbare Verehrung, deren er in weiten Kreisen der Deutschen sich erfreut. Dem Abgeordnetenhaus gehört der Jubilar seit dem Jahre 1882 an; als Mitglied der nationalliberalen Partei vertritt er den Wahlkreis

Schubin-Zuowrazlaw. Der großen Werthschätzung, der er sich bei seinen politischen Freunden um seines reichen Gemüthes und seiner Kenntnisse und Anregungen willen erfreut, entspricht folgender Glückwunsch, der ihm telegraphisch zugegangen ist:

„Dem hochverehrten, theuren Freunde, unserem getreuen Rathenrath im Osten bringen wir zu der heutigen schönen Feier die herzlichsten Glückwünsche. Gott erhalte Sie noch lange in alter Frische. Die Nationalliberale Fraktion des Abgeordneten-Hauses. Hobrecht, v. Cynern.“

Der Minister des Innern hat sich in einem an die Oberpräsidenten gerichteten Erlass dahin ausgesprochen, daß keine grundsätzlichen Bedenken dagegen zu erheben sind, wenn die kommunalen Sparkassen mit der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse in Depositen- und Gekaufverfehr treten.

Durch Beschluß des 5. Civilsenats des Reichsgerichts ist die Beschwerde des Herrn v. Kubicki-Piotuch gegen das Zuschlagsurtheil vom 7. Oktober 1896, durch welches das Rittergut Topolno im Kreise Schwiech der Anfechtungskommission zugechlagen ist, als unzulässig verworfen worden.

Die Regierung beabsichtigt, die hiesige Zwangsanstalt aufzuheben und die Zuchtlinge anderwärts unterzubringen. Gegenwärtig hat die Anstalt nur noch 437 Insassen, während die Zahl der Insassen in früheren Jahren, als noch die Weiberabtheilung und die Abtheilung für jugendliche Gefangene bestanden, die jetzt in Konis bezw. Schwiech sich befinden, 1200 und mehr betrug. Die Regierung hat nun den gesamten Komplex der Anstalt der Stadt zum Kauf angeboten, wie man hört, für 1200 000 Mk. Der Magistrat und die Stadtverordneten beabsichtigen daher heute Vormittag unter der Führung des Herrn Anstalts-Direktors Biehm die gesamte Anstalt mit ihren Innenräumen und dem bis an die Trinne reichenden Landareal. Schon früher ist bekanntlich der Plan erwogen worden, die Vorgesträße durch das Anstaltsgelände bis nach der Amtstraße gegenüber dem Amtsgericht durchzulegen. Ueberrimmt die Stadt die Anstalt, dann liege sich auch noch eine Straße von der Marienwerderstraße nach der Trinne hin durchlegen, wodurch ein ganz neues ausgedehntes Baugelände erschlossen werden würde. Die Forderung ergab, daß der von der Regierung geforderte Preis viel zu hoch ist, da die meisten Gebäude für städtische und auch für andere Zwecke unbrauchbar sind und ganz niedrigergekauft werden müßten. Die Gebäude sind auch zum Teil feuergefährlich, wie ein Brand beweist, der am Sonnabend Nachmittag in einem Lagerraum ausbrach. Durch einen schadenhaften Schornstein war ein Waldbrand entstanden, der sich der Holzdecke mittheilte und einen großen Kosten Militärmantel und Militärböden im Werthe von etwa 9000 Mk. vernichtete (in der Anstalt werden nämlich auch militärische Vorräthe aufbewahrt). Die Magistratsmitglieder und Stadtverordneten waren zum größten Theil der Ansicht, daß die Stadt an den Ankauf der Anstalt nur denken könnte, wenn der Kaufpreis ganz bedeutend herabgesetzt würde, da die Beamten mit ihren Familien von hier fortziehen müßten, wodurch viele Wohnungen in der Stadt leer werden würden. Außerdem würde durch den Verlust der Insassen, die der Zivilbevölkerung zugeordnet werden, das Ziel, aus dem Kreise zu scheiden und einen besonderen Stadtfreis zu bilden, wieder in weiter Ferne gerückt werden. Die Verhandlungen zwischen der Regierung und der Stadt werden fortgesetzt.

In der Sitzung des Lehrervereins am Sonnabend gedachte der Vorsitzende, Herr Kröhn, der verstorbenen Kämpfer für die freien Lehrervereine, der Herren Delker-Elbing und Greßler-Barmen. Greßler hat durch seine unermüdeten Reden wesentlich dazu mitgewirkt, daß der freien Entwicklung der Volksschule Gefahr drohende zedliche Schulgegensatz zu Fall kam. Die Anwesenden ehrten ihr Andenken durch Erheben von den Plätzen. Hierauf hielt Herr Lehning einen Vortrag über das Lehrermittel in Schreberhausen. Der Verein beschloß, korporatives Mitglied des Lehrerkollegs zu werden. Herr Zobrow las einen Aufsatz aus der pädagogischen Zeitung vor, der die Entwicklung des vor 25 Jahren gegründeten deutschen Lehrervereins behandelt. Zwei weitere Aufsätze in der Preuß. Lehrzeitung über dasselbe Thema kamen zur Beirathung. Ueber die Frage, ob das Festspiel: „Pestalozzi in Stanz“ von Fodor Sommer zur Provinziallehrer-Versammlung in den Pfingstferien noch einmal aufgeführt werden soll, konnte nicht entschieden werden, da man erst Stimmen von Lehrern aus der Provinz hören möchte.

Der „Verein junger Kaufleute“ beging am Sonnabend im Schützenhause sein erstes Stiftungsfest durch einen Ball, zu welchem die Mitglieder sowie viele Freunde des jungen, aber bereits recht starken Vereins mit ihren Angehörigen erschienen waren. Bei der Festtafel begrüßte der Vorsitzende, Herr Schügler, in einer längeren, das Wesen und die Ziele des Vereins behandelnden Ansprache die Gäste; im Namen der Gäste brachte Herr Böcker den Dank durch herzliche Wünsche für die Zukunft dar. Nachdem dann noch der Damen gedacht war, trat der Tanz in sein Recht.

Eine von sozialdemokratischer Seite einberufene Versammlung der Tischler und Holzarbeiter fand am Sonntag Nachmittag hier statt. Anwesend waren etwa 50 Tischlergesellen. Der Vorsitzende der gewerkschaftlichen Agitationskommission für Westpreußen, Herr Stolpe aus Danzig, forderte in seiner Rede die Anwesenden zur Berufsorganisation auf, die sich die Einführung einer verkürzten Arbeitszeit und die Erreichung günstigerer Lohnbedingungen zum Ziele nehmen müsse. Er schloß mit einem Hoch auf die Arbeitervereinigungen. Die Ausführenden des Redners fanden in der Versammlung wenig Anklang. Ein Mitglied des Hirsch-Dunker'schen Vereins schloß seine Eingungen mit einem Hoch auf den Kaiser, in welches die Mehrzahl der Versammelten begeistert einstimmte. In 14 Tagen soll wiederum eine ähnliche Versammlung abgehalten werden.

Der Honigkuchlenfabrikant Herr Gustav Oscar Laue in Graudenz hat heute den Konkurs angemeldet. Die Passiva sind sehr bedeutend.

4. Janzig, 10. Januar. Die hier vor einiger Zeit unter dem Vorsteher des Herrn Medizinalraths Dr. Vorntrager neu gegründete Verein für Gesundheitspflege hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, sich an die Naturforschende Gesellschaft anzuschließen.

Der Herr Oberpräsident v. Götler feiert am 15. Januar aus Ostpreußen hierher zurück.

Das bisher Herr Oekonomierath Dr. Demler gehörige Willensgrundstück am Fuße des Johannisberges wurde gestern in gerichtlicher Versteigerung von Herrn E. Fabian für 45 000 Mk. erstanden.

Leibitzsch, 9. Januar. Im Seyher Kiezlager hat sich ein schrecklicher Unglücksfall zugetragen. Beim Ausschachten von Kies hatte man den Mutterboden steilen lassen. Der Schachtmeister hatte den Leuten befohlen, daß sie nicht mehr in die Föhlung hineingehen sollten. Der Kälte wegen waren aber doch vier Männer hineingegangen. Bei der Arbeit stürzte nun aber der Mutterboden ein und verschüttete drei Männer. Einer wurde von seinen Kameraden zurückgerissen, aber nachstürzende Erde zerbrach sein rechtes Bein. Die drei Verschütteten wurden tod herausgehoben, der vierte liegt jetzt im Krankenhaus zu Thorn.

Strasburg, 10. Januar. Am der Roth unter unserer armen Bevölkerung zu sichern, hat der Frauen-Verein beschlossen, am nächsten Mittwoch hier eine Suppentafel ins Leben treten zu lassen, welche Mittagsportionen verabfolgen soll. Es wird dabei auf die Mithätigkeit der gesamten Bürger-schaft Strasburgs, sowie auf die Unterstützung der Großgrund-

besitzer unserer Umgebung, welche sich bei derartigen Unternehmungen stets theilhaftig betheiligen haben, gerechnet.

Wollau, 10. Januar. In der gestern abgehaltenen Stadtverordnetenversammlung wurde der bisherige Beigeordnete Kaufmann Kronschn auf weitere 6 Jahre wieder gewählt. — Die Generalversammlung des Männer-Gesang-Vereins wählte gestern in den Vorstand die Herren Bürgermeister Meinhart zum Vorsitzenden, Schriftführer zum Schriftführer, Stadtrath Kronschn zum Kassensführer und Lehrer Meyer zum Dirigenten.

Wollau, 10. Januar. Gestern Abend fand im Schwarzen Adler zu Ehren des Stadtschullehrers Herrn Kronschn, der sein 25jähriges Dienstjubiläum feierte, ein Kommerz statt. Herr Kreisrath Dr. Streibel gedachte der langjährigen Thätigkeit des Jubilars, Herr Lehrer Steffen überreichte im Namen der Kollegen und Freunde einen prachtvollen Regulator.

D. Schwes-Nunenburg, 10. Januar. Als an einem der letzten Tage ein Besucher aus M. mit seinem Fuhrwerk aus Graudenz zurückkehrte, traf er mit einem Fuhrwerk, welches mit drei Männern besetzt war, zusammen. Der Besucher mußte den Männern 20 Mk. zahlen, ehe sie ihn weiter fahren ließen. Die Leute sind erkannt und werden zur Anzeige gebracht werden.

Wietze, 9. Januar. In der Sitzung der Stadtverordneten wurden die neu gewählten Mitglieder eingeführt. Als Stadtverordneten-Vorsteher wurde Herr Schulz jun. wiedergewählt. Ferner wurden die Herren Rechtsanwalt Kronschn als Stellvertreter, Sekretär Domagala als Schriftführer und Kaufmann Kronschn als Stellvertreter wiedergewählt. Zum Bau der Bahnhofs-Straße wurden 3000 Mk. bewilligt. Ferner wurden die Kosten für eine in diesen Tagen wieder nach Berlin zum Eisenbahnminister, Finanzminister und zum Landwirtschaftsminister gehende Deputation, bestehend aus den Herren Bürgermeister Meyer und Kaufmann Lehmann, bewilligt. Die zum Bau der Bahnstraße-Meierei bis jetzt gezahlte Summe hat bereits 46000 Mk. überschritten.

Königs, 10. Januar. Vor Kurzem wurden auf dem hiesigen Bahnhofe 10 fette Schweine, welche auf dem Transport erkrankt waren, ausgelassen und sollten, da das Fleisch zum menschlichen Genuß unbrauchbar war, auf thierärztliche Anordnung vergaben werden. Wegen vorgerückter Zeit wurden die Kadaver auf den Schindler gebracht, wo sie bis zum nächsten Morgen liegen bleiben sollten. Am nächsten Morgen aber waren die Schweine verschwunden. Die sofort angestellten polizeilichen Nachforschungen hatten ein sonderbares Ergebnis. Arbeiter hatten die Schweine nach Hause geholt und das Fleisch theilweise schon geborgen; ihre Freude über den Fund war aber nur von kurzer Dauer; denn sämtliche Ueberreste der Thiere wurden beschlagnahmt und der Erde übergeben.

Karlsruhe, 10. Januar. Am 7. d. Mts. früh 4 Uhr brannte in Bachau die Scheune mit Einschnitt des Besitzers Gollnick nieder. Herr G. erleidet großen Schaden, da er das in der Scheune befindliche Mobiliar nicht verpackt hatte.

Dirschau, 10. Januar. Der Kreisrath Dr. Gollnick aus Lobitz ist zum Kreisrath für den Kreis Dirschau ernannt worden.

Berlin, 9. Januar. In der heutigen Sitzung des Kreisraths wurde die Erhaltung des Gutsbesizers Neumann-Garnau zum Mitgliede des Kreisraths für gültig erklärt und der Gewählte eingeführt, demnach der Regierungs-Assessor Trüstedt, welcher zur Zeit Verwalter des Landraths-Amtes ist, einstimmig für die Wiederbesetzung des erledigten Landraths-Amtes in Vorschlag gebracht und schließlich Herr Trüstedt auch einstimmig wiederum zum Mitgliede des Provinzial-Landtages gewählt, nachdem die vorher vorgenommene Wahl aus formellen Gründen beanstandet war. Zur Ansicht der Kreisrathsmitglieder war auch das in Del gemalte Bildnis des verstorbenen Landraths, Geheimen Regierungsraths Engler im Sitzungssaale ausgestellt. — Zur Zeit suchen hiesige und auswärtige Pferdehändler hier und in der Umgegend sowie in der benachbarten Pommerschen Gegend bedeutende Pferdeaufkäufe zu bewirken. Es sollen 2000 Pferde in Größe von fünf bis fünf Fuß drei Zoll gekauft werden. Die angekauften Pferde sollen zunächst für Hamburg bestimmt sein, von dort aber nach Frankfurt gehen. Die Preise schwanken zwischen 400 und 500 Mk. pro Pferd.

Ebing, 10. Januar. Unter großer Theilnahme fand am Sonnabend die Beerdigung des verstorbenen Lehrers Herrn Vater Delger auf dem Johannisfriedhofe statt. Herr Kreibitz Rahm hielt die Trauerrede. Im Auftrage des geschäftsführenden Ausschusses hat der Vorsitzende des Deutschen Lehrervereins ein Beileidstelegramm gesandt.

Mariburg, 10. Januar. In der evangelischen Kirche in Altfelde fand heute durch Herrn Superintendenten Kähler aus Neuteich die feierliche Einführung des neuen Pfarrers Herrn Schulke statt.

Mariburg, 10. Januar. An Kohnenoyd ist in der vergangenen Nacht der Malermeister Tiesch erkrankt. Die Frau und Kinder wurden noch am Leben gefunden und gerettet.

Stallpöden, 9. Januar. In großer Gefahr schwebte der vorgestern früh von hier nach Tilsit abgegangene Personenzug. Als der Zug bereits in der Nähe der Endstation war, zerbrach kurz vor einer Brücke ein Rad der Lokomotive. Letztere entgleiste zwar und ritz die Brückenschienen theilweise auf; trotzdem gelangte der ganze Zug ohne weiteren Unfall über die Brücke. — Die hiesige Strafkammer verhandelte gestern gegen den berüchtigten Wilddieb Arbeiter Heinrich Wetteit aus Gauswöken und seinen Genossen Losmann Jons Vumbles aus Willkauken. Am 30. April v. Js. befanden sich der Förster Brandt und der Forstinspektor Kuhlmann auf einem Dienstgange in der Neu-Lübener Forst. Unweit des Dorfes Tulpengarten hörten sie einen Schuß fallen. Sie eilten nach der Schußrichtung und erblickten zwei Männer, von denen der eine mit einem Gewehr ausgerüstet war und der andere ein todttes Reh trug. Die Forstinspektoren riefen die beiden Wilderer an und als der erstere Wilderer auf die Beamten anlegen wollte, drückten sie kurz hintereinander ihre Waffen ab. Fast die ganze Schrotladung ging dem Wilderer in den Körper. Der schwer Getroffene hatte noch die Kraft, eine Strecke zu fliehen, brach dann aber beinaheungslos zusammen. Seinem Begleiter gelang es, unter Zurücklassung des Rehes sich aus dem Staube zu machen. Die Forstinspektoren ließen den schwer Verletzten, den Angeklagten Wetteit, nach Tulpengarten schaffen, von wo er nach ungefähr sechswochigem Krankenlager stündlich wurde, nachdem er als seinen Genossen den Mitangeklagten Vumbles verrathen hatte. Wetteit führte nun bis zum Spätherbst ein Nomadenleben; seine Verhaftung gelang erst am 20. November in Lasdehnen. Nach längerer Verurteilung erkannte der Gerichtshof gegen Wetteit wegen unehrlichen, gewerbmäßigen Jagens auf drei Jahre Gefängnis, Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf vier Jahre und Zulässigkeit der Stellung unter Polizeiaufsicht. Vumbles kam mit vier Wochen Gefängnis davon.

Schöpfung, 8. Januar. Die Medizinalbehörde ist mit Magnanimität beistehend, welche bei etwaiger Verpflanzung der Lepra aus dem angrenzenden Kreise Memel erforderlich wären. Herr Kreisphysikus Dr. Cohn hat den Auftrag, die Kranken an Ort und Stelle aufzusuchen und dort Beobachtungen anzustellen.

Bromberg, 10. Januar. In der gestrigen Strafkammerverhandlung wurde gegen den Tischler Andreas Golembiewski, einen schon oft bestraften Dieb, wegen Diebstahls, Sachbeschädigung und Körperverletzung verhandelt. In der Nacht zum 10. Dezember v. Js. hatte er zu Montowars dem Milchpächter S. vier Schweine und mehrere Gänse gestohlen. Als Dieb ermittelt, wurde er verhaftet und in das Amtsgerichtsgefängnis zu Krone a. Br. gebracht. In der Nacht zum 11. Dezember versuchte er einen Ausbruch aus dem Gefängnis. Durch die Wachsamkeit des Aufsehers wurde er hieran verhindert. Als der Beamte im Hausflur erschien und den Ausreißer sah, schlug dieser mit einem Stück Eisen, welches er von der eiserne

Werkstelle losgebrochen hatte, auf den Aufseher ein und flüchtete ihm eine nicht unerhebliche Verletzung zu. Die Strafkammer erkannte auf acht Jahre Zuchthaus. — In derselben Sitzung wurde der ebenfalls schon mehrmals bestrafte Cigarrenmacher August Krause von hier wegen mehrerer von ihm verübter Diebstähle zu fünf Jahren Zuchthaus verurtheilt.

Posen, 10. Januar. Durch landespolizeiliche Anordnung ist bestimmt, daß diejenigen Personen, die den Handel mit Schweinen gewerbmäßig betreiben, verpflichtet sind, die von ihnen aufgekauften und zum Vertrieb bestimmten Schweine durch einen beamteten Thierarzt untersuchen zu lassen. Jetzt hat der Minister für Landwirtschaft angeordnet, daß beim Betreten der Regierungsbezirke Breslau und Liegnitz die Untersuchung der Schweine der Händler durch den zuständigen beamteten Thierarzt bis auf Weiteres zu wiederholen ist.

O. Weier, 11. Januar. Auf dem Vorwerk Eichberg wurden zwei Mägde und ein Knecht von einer niederstürzenden Lehmwand verschüttet und getödtet.

Schroda, 9. Januar. Aus Anlaß des 25jährigen Amtsjubiläums des Bürgermeisters Koll findet am 18. d. Mts ein Festessen statt.

Hogowo, 10. Januar. Auf schreckliche Weise hat das dreijährige Kind der Arbeiter Martin Jaromba seinen Ehemann in Vuh den Tod gefunden. Als die Eltern nach kurzer Abwesenheit die Wohnung wieder betraten, fanden sie ihr drei Jahre altes Kind lichterloh brennend. Trotz sofortiger Hilfe starb das unglückliche Wesen infolge der erlittenen Brandwunden. Das Unglück wurde dadurch herbeigeführt, daß die ohne Aufsicht gelassenen Kinder sich am Ofen zu schaffen machten, wodurch die Kleider des einen Kindes Feuer fingen. — Nachdem nun die Maul- und Klauenseuche in unserer Gegend erloschen, ist der Austrieb von Schweinen und Wiederkäuern auf den Märkten von Gonsawa, Hogowo, Janowitz und Zim wieder gestattet.

Strehle, 9. Januar. Großes Aufsehen erregt der Selbstmord des hiesigen Rechtsanwalts Knecke. Ueber den Beweggrund zur That werden die widersprechendsten Ansichten laut. Muthmaßlich tragen mitleidige Vermögensverhältnisse Schuld an dem beklagenswerthen Ereigniß.

Stolp, 10. Januar. Die Stadtverordneten wählten nach Einführung der 15 neu gewählten Stadtverordneten zu ihrem Vorsteher den Rechtsanwalt Kunde, zum stellvertretenden Vorsitzenden den Buchdruckereibesitzer Dr. Eichenhagen. — Der 33jährige Altstiller Schilling zu Schmolzin wollte für seinen Sohn ein Fuhrwerk von der Schmiede nach Hause fahren. Er war aber zu schwach, um die feurigen Pferde zu halten, stürzte vom Wagen und wurde nun von den Pferden auf dem hartgefrorenen Boden mitgeschleift, auch mit den Füßen getreten. Nach Hause gebracht, starb er alsbald an den schrecklichen Verletzungen.

Stolp, 10. Januar. Gestern tagte im Schützenhause die Generalversammlung des Vereins der Ferkelzuchtseher des Kreises Stolp. Der Verein hat im verflossenen Geschäftsjahre 11678 Stück Vieh im Werthe von 825464 Mk. umgeleitet und nach den größeren Fleischonimpulsen Deutschlands ausgeführt. Der Reingewinn beträgt 659 Mk., das Inventar des Vereins auf den Abnahmestellen in Stolp, Hebronn, Dammig und Pottangow hat einen Werth von mehr als 600 Mk. welche in den letzten drei Jahren aus dem Geschäftserlös bezahlt sind. Im verflossenen Jahre sind dem Verein 397 Mitglieder beigetreten, so daß der Verein jetzt nahezu 2000 Mitglieder zählt. Von dem Kassenvorstand Dr. Witz wurde die Gründung von Darlehnskassen empfohlen, welche aber von der Versammlung einstimmig abgelehnt wurde. Bei der Vorstandswahl wurde der bisherige Vorstand wiedergewählt und für die Abnahmestellen in Hebronn, Dammig und Pottangow je ein Vertreter als Vorstandsmitglied neu gewählt. — Im Anschluß an diese Versammlung fand unter dem Vorsitz des Hotelbesizers Steinhäuser-Obermühle eine stark besuchte Versammlung des neuen Bauernvereins „Nordost“ statt. Der Vorsitzende legte die Bestrebungen des Vereins dar. Die Versammlung nahm schließlich eine Erklärung an, daß sie sich mit den Bestrebungen des Bauernvereins „Nordost“ einverstanden erkläre und den Bund der Landwirthe als nicht geeignet zur Vertretung der Interessen des kleinen Mannes halte.

2. Der Westpreussische Fischerei-Verein

hielt, wie bereits kurz berichtet, am Sonnabend in Danzig seine Hauptversammlung ab, zu welcher erfreulichweise, wie der Vorsitzende Herr Erster Bürgermeister Delbrück bei Eröffnung der Sitzung bemerkte, eine größere Zahl von Berufssichern erschienen war.

Zunächst wurde der bisherige Vorstand wiedergewählt, auch wurden die im abgelaufenen Jahre vorgenommenen Ergänzungen wahlen bestätigt; danach setzte sich nunmehr der Vorstand für das laufende Jahr wie folgt zusammen: Vorsitzender Erster Bürgermeister Delbrück, Stellvertreter Prof. Dr. Conwentz, Danzig, Schriftführer Hafenbauinspektor Wilhelm Neufahrwasser, Stellvertreter Kaufmann Koenenka mp. Danzig, Schatzmeister Regierungs- und Meliorationsrath Jahl, Geschäftsführer Dr. Seligo-Königsberg, und den Vorsitzern Fischhändler Rod. Danzig, Landes-Bauinspektor Denecke-Danzig, Landrath Graf v. Kneippling-Schloß Neustadt, Nittergutsbesitzer v. Nitzkowski-Grellen-Bremm, Parrer Rabitz-Bohnsack, prakt. Arzt Dr. Schimanski-Stuhm und Gutsopächter Suhr-Grünfelde.

In Betreff der auf die Tagesordnung gestellten Abänderung der Satzungen des Vereins bemerkte der Vorsitzende, daß der Verein Korporationsrechte erhalten hat; weiter ist eine Verlegung des Geschäftsjahres, welche bisher mit dem Kalenderjahr zusammenfiel, in Aussicht genommen und zwar auf die Zeit vom 1. April bis 31. März. Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden, ebenso mit der Neuregelung der Geschäftsführung in der Kasse. Danach darf fortan der Kassenvorstand nur bis zur Höhe von 500 Mk. bei sich haben; weitere Eingänge müssen gegen Quittung bei der landwirthschaftlichen Darlehnskasse deponirt werden.

Herr Korvettenkapitän Darmer-Neufahrwasser erstattete alsdann Bericht über die Jahresrechnung für 1895, nach welcher die Einnahmen 15610,84 Mk., die Ausgaben 13491,40 Mk. betrugen, so daß in das Jahr 1896 ein Bestand von 2119,44 Mk. hinübergenommen worden ist.

Es erfolgte die Feststellung des Jahresberichts über die Thätigkeit des Vereins im Jahre 1895.

Der Vorsitzende ersuchte im Anschluß daran nochmals die Berufssichere, ihr Interesse nach jeder Richtung hin dem Verein zuzuwenden, so auch besonders aus der Praxis Material über die Lebensgewohnheiten der Fische einzuliefern.

Herr Regierungs- und Meliorationsbaurath Jahl, der Schatzmeister des Vereins, verlas alsdann den von ihm aufgestellten Etatsentwurf für 1897, der in Einnahme und Ausgabe mit 13000 Mk. abschließt und so von der Versammlung auch angenommen wurde.

Zum Schluß hielt Herr Dr. Seligo einen Vortrag über „Kleinfischwirtschaften“.

Verchiedenes.

— [Feuer im Circus.] In Barnums Circus zu Bridgeport im nordamerikanischen Staat Connecticut brach kürzlich Feuer aus, wobei sechs Elephanten während wurden, ausbrachen und die Straßen durchliefen. Viele Menschen, Pferde und Wagen wurden niedergedrückt, wodurch eine Anzahl Personen schwer verletzt wurden. Die anderen wilden Thiere vermochte man rechtzeitig in Sicherheit zu bringen.

— Von Ueberschwemmungen ist Spanien in den letzten Tagen heimgeschlagen worden. Der Guadalquivir ist

um 9 Meter über den gewöhnlichen Wasserstand gestiegen und überflutet die Straßen und Promenaden von Sevilla. Die Eisenbahn-, Post- und Telegraphen-Verbindung mit Madrid ist infolge der Ueberschwemmung unterbrochen. An der Westküste Spaniens herrscht starkes Unwetter. Auch die Flüsse Jarama und Henares sind aus den Ufern getreten.

— An der Cholera sind an Bord des am Sonnabend in Plymouth (England) aus Kalkutta eingetroffenen Dampfers „Rubia“ auf der Ueberfahrt drei englische Soldaten und zwei indische Matrosen gestorben. Es sind noch einige Kranke an Bord; jeglicher Verkehr des Schiffes mit dem Lande ist verboten worden.

— [Er kennt die Ehe!] Frau Schnabelspitz (in einer Zeitung lesend): „Da ist ein armer Teufel wegen schwerer Körperverletzung am Tage vor seiner Hochzeit verhaftet worden!“ — Herr Schnabelspitz: „Ja, manche Leute sind doch die geborenen Glückspilze.“

Neuestes. (Z. D.)

* Berlin, 11. Januar. Abgeordnetenhand. Zweite Verathung des Gesetzentwurfs betr. das Dienst-einkommen der Lehrer und Lehrerinnen der öffentlichen Volksschulen. § 1 betr. die Art des Dienst-einkommens wird debattirt angenommen. In § 2 betr. die Höhe des Dienst-einkommens beantragte Abg. Seyffardt, das Mindestgehalt für Lehrer und Lehrerinnen auf 900 bzw. 700 Mk. auf 1000 bzw. 800 Mark festzusetzen.

Im Verlaufe der lebhaften Debatte erkennt der Kultusminister das Wohlwollen des Antragstellers Seyffardt für die Lehrer an, bittet aber im Interesse der letzteren, und des Zustandekommens des Gesetzes dringend, die Beschlüsse der Kommission beizubehalten; denn die Erhöhung des Grundgehaltes würde nur einem Theile der Lehrer zu Gute kommen und weitere Anforderungen an die Gemeinden sofort nach sich ziehen. Angesichts der Nothlage der Landwirthschaft würde dies bei ländlichen Gemeinden am schwersten empfunden. Ein junger Lehrer könne mit 900 Mk. und freier Wohnung sehr wohl auskommen. Dagegen seien Alterszulagen dringend notwendig. Den Lehrern müsse bald geholfen werden. 900 Mk. Anfangsgehalt sei die äußerste Grenze bis zu welcher die Regierung entgegenkommen könne.

* Berlin, 11. Januar. Der nach Pleß entsendete Berliner Kriminalkommissar ermittelt die Personen, welche am 23. November vorigen Jahres den Kaufmann Sohn ermordeten und beraubten. Es sind der Monteur Krol-Stabe aus Ungarn und der Schlächter Franz Jarzyn aus Galizien. Beide wurden in Strazouka verhaftet und sind geändigt.

T. Kreuzburg, 11. Januar. Bei der heute vollzogenen Landtagswahl im oberhessischen Kreise Kreuzburg-Rosenberg wurde der hiesige Rechtsanwalt und Notar Mücke (Chr.) gewählt.

London, 11. Januar. Die Königin hat 10 000 000 Mk. zum Hilfsfonds für die Hungersnoth in Indien beigetragen.

Plymouth, 11. Januar. Gestern ist wiederum ein Soldat an Bord des Dampfers „Rubia“ an Cholera gestorben. (Z. Versh.)

— [Bahnhofswirthschaften sind zu verpachten:] Langenhagen zum 1. Februar, Beverb. bis 14. Januar an die Eisenbahn-Vertriebsinspektion 3 Hannover, von wo auch die Bedingungen gegen Einfindung von 50 Bg. (nicht in Briefmarken) bezogen werden können. — Schandelaß zum 1. April, Beverbungen bis 23. Januar an die Eisenbahn-Direktion Magdeburg. Bedingungen können gegen Einfindung von 50 Bg. vom Zentralbureau der Direktion bezogen werden. — Bald zum 1. April, Beverbungen bis 22. Januar an die Eisenbahn-Direktion Eberfeld. Bedingungen können gegen Einfindung von 50 Bg. vom dem Kanzleivorsteher der Direktion bezogen werden.

Wetter-Aussichten

auf Grund der Berichte der deutschen Seewarte in Hamburg. Dienstag, den 12. Januar: Wenig verändert, Schneefälle, Nebel. — Mittwoch, den 13.: Wolfig, trübe, feuchttalt Nebel.

Danzig, 11. Januar. Getreide-Depeche. (H. v. Morstein.)

	11. Januar.	9. Januar.
Wolzen. Tendenz:		
Umsatz:	250 Tonnen.	200 Tonnen.
inl. hoch. n. weiß	756, 791 Gr. 169-174 Mk.	756, 793 Gr. 169-174 Mk.
hellbunt	745, 766 Gr. 167-179 Mk.	766 Gr. 168 Mk.
roth	766 Gr. 168 Mk.	766 Gr. 166-168 Mk.
Trans. hoch. n. w.	133-140,00 Mk.	140,00 Mk.
hellbunt	133-135,00 "	134,00 "
roth	127,00 "	125-129,00 "
Roggen. Tendenz:		
inländischer	744, 762 Gr. 114 Mk.	738, 756 Gr. 114 Mk.
ruß. voln. z. Trn.	79,00 Mk.	79,00 Mk.
Gerste gr. (680-700)	134-139,00 "	124-141,00 "
fl. (625-660 Gr.)	110,00 "	110,00 "
Hafer inl.	118-124,00 "	120,00 "
Erbsen inl.	130,00 "	100,00 "
Tranf.	90,00 "	90,00 "
Rüben inl.	200,00 "	200,00 "
Spiritus fonting.	56,00 "	55,75 "
nichtfonting.	36,50 "	36,25 "
Zucker. Transit Basis		
88% Rend. loco Neufahrwasser p. 5000, incl. End	9,15 Mk. bez.	9,12 1/2-9,15 Mk. bez.

Königsberg, 11. Januar. Spiritus-Depeche. (Portatius u. Grothe, Getreide-, Spiritus- u. Woll-Handl. u. Gesch.) Preise per 10000 Liter 90. loco untonting.: Mk. 38,50 Brief, Mk. 38,00 Geld; Januar untontingentirt: Mk. 33,30 Brief, Mk. 37,70 Geld; Januar-März untontingentirt: Mk. 37,80 Geld; Frühjahr untontingentirt: Mk. 31,20 Brief, Mk. 33,50 Geld.

Berlin, 11. Januar. Amtliche Börsen-Depeche.

	11.1.	9.1.
4 1/2% Reichs-Anleihe	103,90	103,90
3 1/2% "	103,80	103,80
3% "	99,90	99,90
4 1/2% Br. Consol. Anl.	103,90	103,90
3 1/2% "	103,75	103,75
3% "	99,90	99,90
Deutsche Bant.	197,50	196,10
3 1/2% Rpt. rittsch. Pbb. I	100,25	100,30
3 1/2% "	100,25	100,25
3 1/2% neu. I	100,25	100,25
3% Westpr. Pbb. I	94,50	94,80
3 1/2% Ostpr. Pbb. I	100,30	100,30
3 1/2% Ostpr. Pbb. II	100,40	100,30
3 1/2% Ostpr. Pbb. III	100,25	100,25
Dist. Consol. Anth.	211,20	211,60
Laurahütte	167,90	163,25
50% Stal. Rente	91,90	92,20
40% Mittelam.-Oblig.	96,80	96,75
Russische Noten	216,60	216,90
Privat-Discont.	3 1/2%	3 1/2%
Lenden-Discont.	3 1/2%	3 1/2%

Chicago, Weizen behauptet, v. Januar: 9/1: 78 1/2; 7/1: 77 1/2; New-York. Weizen behauptet, v. Januar: 9/1: 90 7/1: 89 1/2.

Geschäftliche Mittheilungen.

Die Deutsche über die Gehalts-erhöhungen der preussischen Beamten und die künftigen Gehaltspositionen werden jetzt nach der amtlichen Vorlage in der in Berlin erscheinenden „Reichs- und Staatsbeamten-Zeitung“ (vierteljährlich 75 Pf. bei der Postanstalt zu abonniren) veröffentlicht. Bereits erschienene Nummern werden nachgeliefert.

Erhöhung der Beamtengehälter in Preußen.

Die allgemeine Besoldungsaufbesserung der preussischen Beamten soll mit dem Betrag von 19 569 295 Mk., welcher als Pauschalsumme in den Etat des Finanzministeriums eingestellt ist, zum Abschluß gebracht werden. So sagt wiederholt die Denkschrift, in welcher eingehend die Grundzüge dargelegt sind, nach welchen die jetzt in Frage stehende Aufbesserung der mittleren und höheren Beamten erfolgen soll. Der Beamte soll, so wird weiter darin ausgeführt, die gesicherte finanzielle Stellung für sich und seine Familie und die Ehre des Amtes einrechnen und an Gehalt beziehen, was zum standesgemäßen Leben erforderlich ist und eine angemessene Unterhaltung seiner Familie und Ausbildung seiner Kinder ermöglicht. Die Gewährung von Einkommensverbesserungen nur um die Lage einzelner Beamten noch günstiger zu gestalten, erschien unzulässig. Daher schließt die Gehaltserhöhung, einige Ausnahmen abgesehen, bei der Gehaltsstufe von 12 000 Mk. ab. Ueber die Methode der Aufbesserung äußert sich die Denkschrift dahin: es habe sich nicht darum handeln können, höhere Beamte der einzelnen Ressorts nur darum gleichzustellen, weil ihre wissenschaftliche Vorbildung gleichwerthig sei. Entscheidende Bedeutung sei auf die innere Reife der Kategorie, die amtlichen Aufgaben, auf die mit dem Amte verbundenen Ausgabungen und ihre Stellung im Staate gelegt worden. Es war der Auffassung kein Raum zu geben, als sei in der höheren Besoldung der einen Beamtenklasse eine persönliche Zurücksetzung der anderen zu erblicken. Die Differenz zwischen der Besoldung der Richter und Lehrer, andererseits zwischen der der Regierungs- und Landräthe, schließlich zwischen diesen und den Richtern wird gleichwohl zu lebhaften Erörterungen Anlaß geben. Aus der Liste der erhöhten Einzelgehälter der Beamten seien erwähnt:

Gehälter von 2400 bis 4500, im Durchschnitt 3450 Mark, sind vorgesehene für 692 Katasterkontrolleure und Sekreäre, 9 Hilfsbeamte von Landräthen, bisher festes Gehalt 3000 Mk., 148 Polizeidistriktskommissarien in der Provinz Posen, sowie für 410 Vermessungsbeamte bei den Generalkommissionen. 2100 bis 3800, im Durchschnitt 2950 Mark, sind ausgesetzt für 133 Inspektoren bei den Strafanstalten, 1 Inspektor bei der Erziehungsanstalt in Steinfeld, 638 ordentliche Lehrer bei den Seminaren in den Provinzen (auf das Gehalt eines Lehrers kommen an Bezügen aus einem Nebenamt 750 Mark in Anrechnung).

1800 bis 3800 Mark, im Durchschnitt 2800 Mark erhalten: 86 Gefängnisinspektoren bei Land- und Amtsgerichten. 1800—3400, im Durchschnitt 2 600 Mk., erhalten: 72 definitiv angestellte Zeichenlehrer bei den höheren Lehranstalten in Berlin und in den Provinzen, sonstige technische Lehrer, Elementar- und Vorsschullehrer bei den höheren Lehranstalten in Berlin.

1500—2700, im Durchschnitt 2100 Mk., erhalten zwei Lehrer und ein akademischer Gärtner bei der Forstverwaltung, 12179 Eisenbahnbeamte, Stationenverwalter, Stationsassistenten, Materialverwalter, Schiffsapotheken 2. Klasse, Bahnmeister und Telegraphenmeister, 15 Schiffsführer auf den größten Dampfern und zwei Beamte der Dampferverwaltung, 10000 polizeiliche und Polizeimeister, ein Assistent bei der Porzellanmanufaktur, 1450 Gerichtsschreiber, 10000 Assistenten bei den Landgerichten und Amtsgerichten, 31 Gefängnisinspektoren bei den Land- und Amtsgerichten, 2 Lehrer bei den Gefängnissen, 14 Sekreäre, 6 Assistenten, 10 Sekreäre, 7 Assistenten und 4 Lehrer bei den besonderen Gefängnissen in den Provinzen.

1100 bis 2200, im Durchschnitt 1700 Mark, sollen beziehen 8248 Lokomotivführer, Schiffsmechaniker und Maschinenisten bei den elektrischen Beleuchtungsanlagen und 4 Lehrerinnen bei Strafanstalten, 41 Lehrerinnen bei den Seminaren in den Provinzen (auf die Gehälter kommen an Naturalbezüge 1782 Mk. in Anrechnung).

1100 bis 2000, im Durchschnitt 1750 Mark, erhalten 682 Zoll- und Steuerbeamte 2. Klasse, Zoll- und Steuerassistenten und Thorontroleure, sowie 73 sonstige Beamte der Verwaltung der indirekten Steuern.

1200 bis 1800, im Durchschnitt 1500 Mark, beziehen 183 Revierförster.

Aus der Provinz.

Graudenz, den 11. Januar.

[Bathurzte, Apotheken und Heilanstalten.] Nach dem „Reichsanzeiger“ beträgt die Zahl der im Inlande approbirten Zahnärzte in ganz Deutschland 1154 (1895: 1071); auf Preußen kommen davon 754 (691). Die Zahl der Apotheken beläuft sich in Deutschland auf 5201 (5144). Preußen hat gegen 1895 eine Vermehrung um 41 Apotheken erfahren. Die meisten Apotheken zählt das Rheinland mit 505 (488), Westpreußen hat 112 (107), Ostpreußen 139 (136), Posen 157 (133), Pommern 133 (131) Apotheken. Im Königreich Preußen kommen auf 10 000 Einwohner 0,92, in Posen und Westpreußen 0,75, Ostpreußen 0,74 Apotheken. Im Regierungsbezirk Gumbinnen kommen auf 10 000 Einwohner sogar nur 0,60 Apotheken. Von den 3301 (1895: 3166) Heilanstalten entfallen 1895 auf das Königreich Preußen.

[Aus dem Oberverwaltungsgericht.] R. war Nachtwächter in Mafel geworden, obson er wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt drei Monate Gefängnis verbüßt hatte. Am 14. Juli 1895 fand nun in Mafel ein Bürgerfest statt. Abends gegen 10 Uhr sollten die Sänger einen Umzug halten; vor dem Rathhaus hatte sich eine große Menschenmenge eingefunden, welche den Zug erwartete. Einige junge Burken fingen in ihrem Uebermuth an, sich zu rufen. Als nun ein Schiffsgeselle einen Kommissar geworfen hatte und sich mit ihm an der Erde umherwälzte, erschien der Nachtwächter R. mit seinem Amtsstab und bearbeitete damit den Schiffsgesellen derartig, daß der Stolz zerbrach und der Mißhandelte später braun und blau auf dem Rücken ausfiel. Die Sache wurde zur Anzeige gebracht und die Strafkammer beschloß, gegen den Nachtwächter das Hauptverfahren wegen vorsätzlicher Körperverletzung in Ausübung seines Amtes zu eröffnen. Vor dem Termin erhob jedoch die Regierung zu Gunsten des Nachtwächters den Konflikt und machte geltend, der Nachtwächter wäre berechtigt gewesen, im Interesse der öffentlichen Ruhe und Ordnung verb einzugreifen, da er in Güte bei den Jüngern nichts ausrichten konnte. Das Oberlandesgericht war jedoch der Ueberzeugung, daß der Konflikt der Regierung unbegründet sei; der Nachtwächter dürste seine Waffe — den Stab — nur gebrauchen, wenn er ein Recht dazu hätte; im vorliegenden Falle hätte er die Umstehenden zu Hause rufen können, er dürste aber nicht sofort dazwischenlagern. Das Oberverwaltungsgericht kam zu demselben Ergebnis, erklärte den Konflikt der Regierung für unbegründet und entschied dahin, daß das Strafverfahren gegen den Nachtwächter seinen Fortgang nehme.

[Jagdergebnisse] Auf der von den Herren Plehn-Gruppe und Plehn-Kopitzow veranstalteten Treibjagd auf den Feldmarken Kopitzow und Lindenthal wurden von 21 Schützen 162 Hasen und ein Rebhock erlegt.

Auf dem Hilttergute Lindenwalde bei Wroslchen fand eine große Treibjagd statt. Am ersten Tage wurden von 22 Schützen 146 Hasen erlegt. Jagdlohn wurde Herr Landrath Graf Wartenstein mit 13 Hasen. Am zweiten Tage wurden von 24 Schützen 91 Hasen, 11 Fasanen und 1 Fuchs erlegt. Jagdlohn wurde Herr Oberförster Schulz mit 9 Hasen und 1 Fasan.

Von dem am Sonnabend Vormittag nach Thorn gehenden Personenzuge wurden zwischen Culmburg und Ditzewo drei Stück Rindvieh überfahren und getödtet. Der Zug erlitt in Folge der Räumungsarbeiten eine Verspätung. Das Vieh sollte in Ditzewo verladen werden.

Der Regierungs-Baumeister Stelle ist von Bitow nach Danzig, der Bahnhofs-Baumeister Weimann von Dirschau nach Garmee und der Bahnmeister-Aspirant Engler von Garmee nach Dirschau versetzt.

X. Freyhadt, 9. Januar. Gestern beging der Kreiswundarzt Herr Dr. Droß sein 50jähriges Amtsjubiläum. Am Vormittag überbrachte der Herr Landrath, Geh. Regierungsrath v. Uerswald dem Jubilar den ihm verliehenen Rothen Adlerorden 4. Klasse. Abends versammelten sich die Vertreter der städtischen Körperschaften, viele hiesige und auswärtige Freunde des Jubilars, sowie die beiden Gesangsvereine zu einem gemütlichen Beisammensein im Hotel Salewski. Herr Superintendent Kleinhard hielt die Kaiserrede, Herr Bürgermeister Twissel die Freirede, in welcher er die Verdienste, die Herr Dr. Droß während seiner 44jährigen Wirkamkeit in unserer Stadt nicht nur als jahrelanges Mitglied der Stadtvertretung um das Wohl der Stadt, sondern auch um das Wohl der Menschheit sich erworben hat, schilderte und mit einem dreifachen Hoch auf den Jubilar schloß. Als Zeichen der Verehrung wurde dem Jubilar ein kostbarer silberner Pokal überreicht. Herr Kreisphysikus Dr. Geitwart-Kosenberg beglückwünschte den Jubilar im Namen der Ärzte des Kreises. Darauf überbrachten in kurzen Ansprachen Herr v. Dallwig-Limbje als Vertreter der Landgemeinden und Herr Stadtverordneten-Vorsteher Hoffmann im Namen der gesamten Bürgerchaft der Stadt Glückwünsche. Tief bewegt dankte Herr Dr. Droß für die ihm in so reichem Maße gewordene Ehrung. Der Gemischte Chor und der Männer-Gesangsverein trugen abwechselnd Lieder vor. Fröhliche Unterhaltung hielt die Gäste noch lange beisammen.

* Aus dem Kreis Briesen, 9. Januar. Das Einwohner-Billmann'sche Ehepaar aus Egerosling hat aus Anlaß seiner huldvollen Hochzeit das übliche Quadengehenk von 30 Mark erhalten.

* Neuenburg, 11. Januar. Der (nicht in Neuenburg wohn-) harte Verfall der Korrespondenz betr. den Brand in Weide auf dem Grundstücke der Reimusschen Eheleute, wonach die Reimusschen Eheleute als der Brandstiftung verdächtig in Haft genommen worden seien und ein Menschenleben zu Grunde gegangen sei, erklärt, daß sein Bericht auf Irrthum beruht. Der Umstand, daß eine polizeiliche Vernehmung, wie das ja bei jedem größeren Brande zu geschehen pflegt, stattgefunden hat, hat zu dem falschen Gerüchte Veranlassung gegeben. Die Reimusschen Eheleute, welche sich eines guten Rufes erfreuen, haben sich inzwischen selbst überzeugt, daß der Korrespondent keinerlei bösen Willen hatte, sie einmal zu verurtheilen.

St. Ghan, 10. Januar. Heute Vormittag traf der Herr Oberpräsident v. Goltz unerwartet hier ein, besichtigte die Einrichtungen im Schlachthaus und im Krankenhaus und ließ sich auch die städtischen Behörden vorstellen. Bei einigen der Herren, die industrielle Etablissements haben, erlaubte er sich eingehend über den Gang des Gewerbes und erklärte, für das gewerbliche Fortschreiten der Provinz ein warmes Interesse zu haben und das Gewerbe, wo es möglich erscheint, gerne unterstützen zu wollen. Den Bauplan zu der neuen Stadtschule hat sich Herr Oberpräsident gleichfalls angesehen. Der Bau der neuen Schule soll schleunigst gefördert werden, damit die unrettungsladen Zustände, unter denen die jetzige Schule leidet, recht bald gehoben werden, bei der jetzt herrschenden Kälte sind in einigen Klassenräumen kaum 8 Grad über 0 zu erreichen, und Lehrer wie Kinder frieren.

* Schloppe, 9. Januar. Die Kammereffassenrechnung für 1895/96 weist eine Einnahme von 82 039 Mk. 75 Pf. und eine Ausgabe von 34 396 Mk. 15 Pf., miton einen Bestand von 4 642 Mk. 80 Pf. auf. Von dem Bestande sind 46 052 Mk. 50 Pf. ausstragend angelegt. — Der evangelische Gemeinde-Kirchengath hat beschlossen, die Sonntags-Vormittags-Wortesdienste magt mehr um 9, sondern wie üblich um 10 Uhr beginnen zu lassen, weil diese Zeit für Gewerbetreibende und Beamte viel geeigneter ist. Diese Aenderung ist von den gemanneten Bewohnern mit Freuden begrüßt worden.

* Manteich, 10. Januar. Der Vorkuhverein hielt heute eine Generalversammlung ab. Nach dem Jahresbericht beträgt die Mitgliedszahl 93. Es wurden 371 Vorkuhgeschäfte über 84200 Mk. abgegeschlossen. Von dem Reingewinn wurde eine Dividende von 6 Mk. gezahlt. Zum Vereinsvorsteher wurde Herr Kaufmann J. Jacoby wiedergewählt.

R. Kallin, 10. Januar. Als heute Morgen zwei bei dem Gutbesitzer R. in Dorsenthal bedienete Mädchen nicht zum Weiten erschienen, wurde dem Gutsherrn hiervon Meldung gemacht. Dieser schickte ein anderes Mädchen in die Schlachthaus, um die Aamigen weeten zu lassen. Entsetzt kehrte das Mädchen mit der Meldung zurück, daß das eine der Mädchen tot im Bette läge, während das andere schwache Lebenszeichen von sich gebe. Ein sofort herbeigekommener Arzt stellte Vergiftung durch Kohlenstoff fest. Bei dem einen der Mädchen, Namens Wierzezewski von hier, blieben alle Wiederbelebungsversuche erfolglos, doch gelang es dem Arzt, das andere Mädchen in's Leben zurückzuführen. In dem Lren der Schlachthaus der Mädchen brannten noch Morgens Kohlen bei offenen Öfen. Öfenklappen sind nicht vorhanden.

Eibing, 9. Januar. In der Fußbeschlagleherschmiede des Herrn Denst hand wieder eine Prüfung im Fußbeschlag statt. Es befanden vier Schmiede die Prüfung: Johann Simon aus Reimansfelde mit „sehr gut“, Hermann Briggmann aus Eibing mit „gut“, Theodor Lau aus Eibing und Franz Griebach aus Arnsdorf mit „befriedigend“.

Warenburg, 9. Januar. Gestern Nachmittag wurde auf dem Hofe der Ordensbauerei das Auspicien von großen Lagerfässern vorgenommen, wobei ein frisch ausgepichtes, bereits wieder geschlossenes Faß plötzlich unter heftigem Knall auseinanderbarst. Die Wirkung der Explosion war so gewaltig, daß einige der in der Nähe beschäftigten Personen mehrere Schritte weit zur Seite geschleudert wurden. Der Braumeister sowie der Wüthger haben einige Verletzungen erlitten, die erheblichen aber ein Kutscher, welcher dem Faße am nächsten stand, hatte. Er befindet sich in ärztlicher Behandlung. Durch den heftigen Lufdruck sind eine Menge Fenster Scheiben in den umliegenden Häusern eingedrückt worden.

Königsberg, 8. Januar. Zu Ehren des Rektors unter den Professoren unserer Universität, Konfessorialrath Professor

D. Sommer, welcher am 13. d. Mts. sein 50jähriges Professorenjubiläum und gleichzeitig sein 60jähriges Licentiatenjubiläum begeht, wird am Vormittage des Jubeltages von Seiten der Universität ein großer Gratulationsakt veranstaltet und dem Jubilar mannigfache Ehrengaben überreicht werden. Am Nachmittage findet im Artushofe ein Festmahl statt, an welchem der gesamte akademische Lehrkörper theilnehmen wird. Die Studentenschaft veranstaltet am Vorabende des Jubeltages einen Fackelzug, an welchem sich die Corps, die Burschenschaften, der Verein deutscher Studenten, der akademisch-wissenschaftliche Verein, der theologische Verein und die nichtinkorporirten Studirenden betheiligen werden.

Der Polizei-Präsident unserer Stadt, Dr. Schütte, welcher wenige Monate nach seiner Vernunft hierher sich auf Urlaub nach Wiesbaden begab und auch zur Zeit noch dort weilt, wird, einem Gerüchte zufolge, auf seinen hiesigen Posten nicht mehr zurückkehren. Wie man hört, gedenkt Herr Dr. Schütte ständig seinen Wohnsitz in Wiesbaden zu nehmen.

o Pillau, 10. Januar. Der vor 14 Tagen unter dem Verdachte der Unterschlagung verhaftete Zahlmeister Freihaupt vom hiesigen 2. Bataillon des Infanterie-Regiments ist gestern nach Königsberg gebracht worden. An seine Stelle ist der Zahlmeister Kulipt von Gumbinnen hierher versetzt worden.

o Drumburg, 9. Januar. In der ersten diesjährigen Stadtverordnetenversammlung wurden folgende Herren gewählt: zum Vorsitzenden Professor Dr. Kleist, zum Stellvertreter Fischlermeister Weymann, zum Schriftführer Kaufmann Aron Lewin, zum Stellvertreter Kaufmann Otto Hollak. Ferner wurde die unentgeltliche Hergabe des Grund und Bodens innerhalb der städtischen Feldmark zum Bau einer Kleinbahn von Groß-Sabin über Güntershausen, Woltersdorf und Baumgarten nach Bahnhof Drumburg, sowie zum Bau einer Kleinbahn von hier nach Güntershausen bewilligt.

Strasskammer in Graudenz.

Sizung vom 2. Januar.

1) Der Pfefferkühler Wilhelm Klafft aus Marienfelde erschien wegen schwerer Urkundenfälschung auf der Anklagebank. Am 5. August v. Js. ging bei dem Landrathamt zu Marienwerder ein Schreiben ein, wonach der Denunziant sich darüber beider, daß die Verführung über den Handelsverthe der Ablassen etc. nicht gehörig beobachtet wird. Der Inhalt dieser Denunziation betraf hauptsächlich mehrere Gewerbetreibende aus Marienwerder, Neuenburg, Neufirk und Marienau, die den Ablass in Peshen bejucht und angeblich keinen Wandergewerbe-schein gelöst und andere Personen, so auch den Denunzianten, die einen Gewerbe-schein besaßen, in der rechtmäßigen Ausübung des Gewerbes geschädigt hatten. Dieses Schreiben war mit R. Klein unterschrieben. Mit diesem Schreiben überreichte der Angeklagte einen an den Herrn Landrath gerichteten, mit seiner Namensunterschrift versehenen Strafantrag gegen jene Personen. Der Angeklagte ist geständig, auch das Schreiben mit „R. Klein“ geschrieben zu haben, er will dies nur aus Furcht vor Eitanen gethan haben, seine Angaben seien zudem auch wahr. Der Angeklagte ist bisher noch nicht bestraft. Der Gerichtshof nahm auch zu Gunsten des Angekl. an, daß seine Behauptung wahr sein kann, bewilligte ihm mildernde Umstände und erkannte auf eine Woche Gefängnis wegen fahrlässiger Körperverletzung zu verantworten. Bekanntlich sollen Fuhrwerke über die Böggenbrücke im Schritt fahren, wogegen aber alle Tage gefahrt wird. Am Nachmittage des 13. Oktober fuhr der Angeklagte mit dem Fuhrwerke seines Dienstherrn in so übermäßig schnellem Trab über die Böggenbrücke, daß er den 54jährigen Bruno Maciejewski, der grade über den Fahrbaum lief, überfuhr, obwohl ihm der im entgegen-gesetzter Richtung fahrende Kutscher Sch. zurief und zuwinkte. Der Knabe hat leichte Verletzungen am Kopf, Rücken, beiden Unterschenkeln und Daumen davon getragen, nachtheilige Folgen sind indessen nicht zurückgeblieben. Der Angeklagte giebt das Ueberfahren zu, behauptet aber, daß ihn ein direktes Verschulden nicht treffe. Nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme kann indessen ein Zweifel daran nicht bestehen. Mit Rücksicht darauf, daß der Angeklagte bisher unbestraft ist, erachtete der Gerichtshof 50 Mk. Geldstrafe event. 10 Tage Gefängnis ausreichend.

3) Der Kaiser Leo Reich aus Neuenburg, welcher geständig im Mai und Juni v. Js. dem Zimmermeister B. in Neuenburg zu zwei verschiedenen Malen 2,50 und 2 Mark und zwar mittels Nachschlüssels aus einer Kasse entwendet hat, wurde wegen schweren Diebstahls zu sechs Monaten Gefängnis verurtheilt.

Verschiedenes.

[Der erste Ball der jungen Königin v. Holland.] Der große Ballaal im königlichen Schlosse zu Graudenz strahlte an einem der letzten Abende in einem Lichtmeer, das über goldstrotzende Uniformen und edelsteinschimmernde Seidenroben hinwegfluthete. Wohl nur wenige Hof-schätze mochten zu Hause geblieben sein, denn, einer Mauer gleich, standen die Geladenen zu beiden Seiten einer kleinen Gasse, welche zu den Thronesseln leitete. Witternd, beschwörend ellte der Hofmarschall durch die Reihe, um diesen schmalen Weg für die Königinnen (Mutter und Tochter) frei zu halten, die gegen neun Uhr erschienen. Fanfaren und der Ruf: „Hare Majestäten!“ kündeten ihre Ankunft an. Totenstille herrschte, nur unterbrochen durch das Rauschen der Gewänder sich tief verneigender Damen. Die junge Königin Wilhelmine sah reizend aus. Sie trug ein weißes Kleid, dessen einzigen Schmuck ein paar, auf der linken Schulter befestigte Rosen bildeten. Durch das blonde Haar waren Brillantstrahlen geflochten, deren Flimmern wetteiferte mit dem Glanze des Frohims, der auf dem anmuthigen Gesichtchen lag. Während sich Hunderte zum Throne herandrängten, um vorgestellt zu werden, schweifte der Blick der jungen Königin manchmal hinab in das Gewühl der sich wiegenden Paare, denen nur ein einziger Raum überlassen war. Da legte die Musik zu einer „Quadrille d'honneur“ ein. Königin Wilhelmine erhob sich und tanzte diese Tour in zierlichster Weise mit dem russischen Gefandten Ridder de Struve. Auch dem Chef des Militärkabinetts Graf du Monceau wurde diese Ehre zu Theil. Dann umflutheten wieder Hunderte den Thronesseln; Namen schwirren durch die Luft, gefolgt von leisen Worten der Königinnen und gnädigem Nicken, das der jungen Königin schließlich wohl nicht mehr so leicht fallen mochte, als das rhythmische Schweben über den glatten Parkettboden. Wieder folgt ein Zusammenströmen der Massen, und durch das schmale Gäßchen zwischen he'en, dunkeln und mondichschimmernden Säulern verließ die Königin den Saal, in dem sie zum ersten Male das Vergnügen genossen, nach welchem sich junge Mädchen so euerig reihen: — den ersten Ball.

[Realistische Kunst.] Direktor einer Schmiere zu einem Darsteller, der den alten Moor spielen soll: „Kennen Sie die Hungerzone im dritten Akt auswendig?“ — Schauspieler: „Auswendig nicht, aber inwendig!“

Amtliche Anzeigen.

Bekanntmachung.

Durch Vertrag vom 22. Dezember 1896 hat sich zu Tuchel unter der Firma: **Spolka zarobkowa** — Erwerbsgenossenschaft — Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht eine Gesellschaft auf unbestimmte Zeit gebildet, deren Zweck durch Herstellung und Verkauf von Gegenständen auf gemeinschaftliche Rechnung eine Hausindustrie ins Leben zu rufen, ist.

Die Haftpflicht der Genossen geht bis zu 50 Mark für jeden Geschäftsanteil, auf welchen jährlich mindestens 5 Mark einzuzahlen sind. Auf Beschluss der Generalversammlung können jedoch außerordentliche Beiträge eingezogen werden.

Der Vorstand, zu welchem der praktische Arzt Dr. Casimir Karasiewicz aus Tuchel als Direktor, der Bitter Leo von Kiedrowski als Kassier und der Besitzer und Kommissionshändler Bartolomäus Wójcik aus Koszalin als Kontrolleur für die Zeit bis zum 31. Dezember 1899 gehören, zeichnet für den Verein durch Einzufließen der Namensunterchriften von zwei Mitgliedern zur Firma. Die Bekanntmachungen, zu deren Erlass der Vorstand bezug auf Aufsichtsrath, letzterer in der Weise, daß der Vorsitzende unter die Firma den Zusatz: „Kada wadzorczy“ oder „Aufsichtsrath“ und darunter seinen Namen setzt, befügt sind, erfolgen in dem zu Grandenz erscheinenden Blatte „**Gazeta Grudzianska**“. Sollte dieses Blatt eingehen, so erfolgen die Bekanntmachungen durch den „Deutschen Reichsanzeiger“ und zwar so lange, bis durch Beschluss der Generalversammlung ein anderes öffentliches Blatt bestimmt wird.

Das Geschäftsjahr fällt — vom 1. Januar 1897 ab — mit dem Kalenderjahr zusammen, die Einsicht der Liste der Genossen in während der Dienststunden des unterzeichneten Gerichts, Zimmer Nr. 15, jedem gestattet.

Tuchel, den 2. Januar 1897.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

In der General-Versammlung der Tucheler Volksbank, Eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht in Tuchel, sind für die Zeit vom 1. Januar 1897 bis zum 1. Januar 1900 als Direktor der praktische Arzt Dr. Casimir Karasiewicz und als Kontrolleur der Sattlermeister Florian Poppel, beide aus Tuchel, gewählt worden.

Tuchel, den 2. Januar 1897.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Zur öffentlichen Verdingung gelangen am 23. Januar 1897, Vormittags 11 Uhr, auf Grund der in den Verdingungsamtsblättern bekannt gemachten ministeriellen Bestimmungen, der technischen Bestimmungen der Königlichen Regierung vom 23. Juni 1890 und der besonderen Bedingungen zum **Neubau des Schlachthauses** in Neu-Mark folgende Baumaterialien:

- 321 Kubikmeter gepreßte Feldsteine,
- 100 Tausend Ziegel,
- 66,2 Kubikmeter gelochter Kalk,
- 169 Kubikmeter scharfer Mauergrat,
- 1743 Kilogramm Zement.

Bedingungen, technische Bestimmungen u. Verdingungsauflage, in welche letztere die Unternehmer ihre Preise einzulegen haben, liegen zur Einsicht auf dem Magistratsbureau offen und sind gegen gebührenfreie Einsendung von 50 Pf. für je eine Gattung der ausgetretenen Materialien erhältlich.

Die Angebote sind versiegelt, kenntlich gemacht und kostenfrei an den Unterzeichneten einzuenden.

Teil-Angebote sind zulässig und zwar:

- für Nr. 1 nicht unter 50 ctm.,
- " Nr. 2 " " 50 ctm.,
- " Nr. 4 " " 50 ctm.

Zuschlagsfrist 2 Wochen.

Neu-Mark Westpr., den 6. Januar 1897.

Der Magistrat. Liedke.

Holzmarkt.

Bekanntmachung.

1339] In dem am 22. d. Mts., von Vormittags 10 1/2 Uhr ab, im Kreuzgasthofen Gasthause zu Gersd. stattfindenden Holzverkaufstermin kommen folgende Holzmassen aus dem Einschlag des Wirtschaftsjahres 1896 zum öffentlichen Ausbrot:

2731 rm Kiefern - Kiefer II. Klasse aus den Durchforstungen und 213 rm Kiefern - Kiefernholz.

Eis, den 9. Januar 1897.

Der Forstmeister.

Holz-Auktion.

in Dembowalanka, Chaim'scher Gasthof, Mittwoch, den 13. Januar cr., Vormittags 10 Uhr. Zum Verkauf kommen:

ca. 200 Festmeter Kiefern-Rundholzstämmen, ca. 600 Rmtr. Birken-Kloben.

Die königliche Gutsverwaltung.

Handelsholzverkaufstermin.

Königliche Oberförsterei Jablonken.

1337] In dem auf Mittwoch, 20. Januar cr., von Vormittags 10 Uhr ab, im Hotel du Nord zu Osterode an der Saale Holzverkaufstermin gelangen folgende Holzarten in kleinen und größeren Losen zum Ausbrot:

- ca. 1100 Stück gesunde Kiefern-Baum- und Schneideholz mit etwa 1000 km Inhalt aus den Schlägen Jagen 19, 73, 74, 117, 141, 178, 201, 228, 230, sowie ca. 800 Stück Kiefern-Rundholz der Totalität aus den Beständen Gibalen, Weißbrunn, Gensken;
- ca. 200 Rundbäume aus den Jagen 73, 74, 201;
- ca. 200 Buchen- und 100 Birkenbäume aus den Jagen 55, 73, 74, 141, 142, 199, 201, 212;
- ca. 170 rm Eichen- und 80 rm Kiefern-Büttcherrundholz-Kloben aus den Jagen 33, 12, 55, 73, 74, 134, 141, 142, 199, 201, 212.

Auftraggeber werden auf vorherige Bestellung gegen Erstattung der Schreibgebühren gefertigt, auch nähere Auskunft erteilt.

Jablonken per Alt-Jablonken, 8. Januar 1897.

Der königliche Oberförster.

Verkauf von Kiefern-Handelsholz.

1338] Am 21. d. Mts. gelangen von Vormittags 11 Uhr ab im Gasthof „Zum königlichen Hof“ hierelbst aus dem Forstrevier **Riebmühl** ca. 1800 Stück Kiefern-Handelsholz und 8 Stück Eichen-Runden, sowie ca. 400 Stück schwaches Bauholz und Böcke zum Verkauf.

Auftraggeber werden bei rechtzeitiger Bestellung gegen Erstattung der Kopialien geliefert werden.

Riebmühl, den 9. Januar 1897.

Der königliche Forstmeister.

1391] In der am 22. Januar 1897, Vormittags 10 Uhr, im Deutschen Hause in Garssee stattfindenden Holzversteigerung gelangen zum Ausbrot:

- Eichen: 98 Stück Runden, 122 rm Kloben, 70 rm Stöcke,
- Buchen: 4 Stück Runden, 24 rm Kloben,
- Kiefern: 300 rm Kloben, 50 rm Kuppel, 430 rm Stöcke, 800 rm Kiefer II. Kl.

Jammi, den 10. Januar 1897.

Der Forstmeister.

Forstrevier Ostrometzko.

Holztermin.

am Donnerstag, den 21. Januar d. J., Vormittags 10 Uhr, im Bahnhofrestaurant hierelbst über

Kiefern-Baum, Kiefern- und Brennholz sowie Stangen in Pansen.

Ostrometzko, den 10. Januar 1897.

Der Oberförster.

Holzverkauf.

1392] Auf dem am 22. Januar 1897, Vormittags 9 Uhr, im Hermann'schen Gasthof zu Warlubien für die Oberförsterei Hagen stattfindenden Holzverkaufstermin sollen zum Verkauf gestellt werden:

A. vom alten Einschlage des Wirtschaftsjahres 1896 aus:

1. Schugbeizt Hammer: Kiefern: ca. 148 rm Spaltknüppel, 80 rm Stockholz II. Klasse.
2. Schugbeizt Verniein: Kiefern: ca. 36 rm Spaltknüppel, 300 rm Kiefer I. Klasse, 180 rm Kiefer II. Klasse.

B. vom neuen Einschlage des Wirtschaftsjahres 1897 aus:

1. Schugbeizt Vantau: Kiefern: ca. 200 Stück meist fehlerhaftes Langholz, 200 rm Kloben, 100 rm Spaltknüppel, 200 rm Kiefer I. Klasse.
2. Schugbeizt Hammer: Schlag Jagen 210 Ba Kiefern: circa 263 Stück gesundes und 11 Stück ringkörniges Langholz I. bis V. Taxklasse, 3 rm Kloben, 75 rm Stockholz II. Klasse.
3. Schugbeizt Verniein: Schlag und Durchforstung Jagen 193: ca. 200 Stück Birken-Langholz V. Taxklasse.

Hagen, den 10. Januar 1897.

Der Forstmeister.

Thode.

Auktionen.

Bekanntmachung.

Dienstag, den 19. Januar d. J., von 10 Uhr Vormittags ab, werde ich im Auftrage des Verwalters der Th. Reich'schen Kontorstraße, Herrn Rechtsanwalts K. F. W. S. K. hier, auf den Grundbesitz des Gemeindevorstandes verschiedene landwirtschaftl. Maschinen und Geräte, als:

Motorkraftdampfer, Sägemaschinen, Säufel- und Saathäute, Getreide- und Heubündel, Mäse- und Gerichte, als:

Motorkraftdampfer, Sägemaschinen, Säufel- und Saathäute, Getreide- und Heubündel, Mäse- und Gerichte, als:

Motorkraftdampfer, Sägemaschinen, Säufel- und Saathäute, Getreide- und Heubündel, Mäse- und Gerichte, als:

Motorkraftdampfer, Sägemaschinen, Säufel- und Saathäute, Getreide- und Heubündel, Mäse- und Gerichte, als:

Motorkraftdampfer, Sägemaschinen, Säufel- und Saathäute, Getreide- und Heubündel, Mäse- und Gerichte, als:

Motorkraftdampfer, Sägemaschinen, Säufel- und Saathäute, Getreide- und Heubündel, Mäse- und Gerichte, als:

Motorkraftdampfer, Sägemaschinen, Säufel- und Saathäute, Getreide- und Heubündel, Mäse- und Gerichte, als:

Motorkraftdampfer, Sägemaschinen, Säufel- und Saathäute, Getreide- und Heubündel, Mäse- und Gerichte, als:

Motorkraftdampfer, Sägemaschinen, Säufel- und Saathäute, Getreide- und Heubündel, Mäse- und Gerichte, als:

Motorkraftdampfer, Sägemaschinen, Säufel- und Saathäute, Getreide- und Heubündel, Mäse- und Gerichte, als:

Motorkraftdampfer, Sägemaschinen, Säufel- und Saathäute, Getreide- und Heubündel, Mäse- und Gerichte, als:

Motorkraftdampfer, Sägemaschinen, Säufel- und Saathäute, Getreide- und Heubündel, Mäse- und Gerichte, als:

Motorkraftdampfer, Sägemaschinen, Säufel- und Saathäute, Getreide- und Heubündel, Mäse- und Gerichte, als:

Motorkraftdampfer, Sägemaschinen, Säufel- und Saathäute, Getreide- und Heubündel, Mäse- und Gerichte, als:

Motorkraftdampfer, Sägemaschinen, Säufel- und Saathäute, Getreide- und Heubündel, Mäse- und Gerichte, als:

Motorkraftdampfer, Sägemaschinen, Säufel- und Saathäute, Getreide- und Heubündel, Mäse- und Gerichte, als:

Motorkraftdampfer, Sägemaschinen, Säufel- und Saathäute, Getreide- und Heubündel, Mäse- und Gerichte, als:

Motorkraftdampfer, Sägemaschinen, Säufel- und Saathäute, Getreide- und Heubündel, Mäse- und Gerichte, als:

Motorkraftdampfer, Sägemaschinen, Säufel- und Saathäute, Getreide- und Heubündel, Mäse- und Gerichte, als:

Motorkraftdampfer, Sägemaschinen, Säufel- und Saathäute, Getreide- und Heubündel, Mäse- und Gerichte, als:

Motorkraftdampfer, Sägemaschinen, Säufel- und Saathäute, Getreide- und Heubündel, Mäse- und Gerichte, als:

Motorkraftdampfer, Sägemaschinen, Säufel- und Saathäute, Getreide- und Heubündel, Mäse- und Gerichte, als:

Motorkraftdampfer, Sägemaschinen, Säufel- und Saathäute, Getreide- und Heubündel, Mäse- und Gerichte, als:

Motorkraftdampfer, Sägemaschinen, Säufel- und Saathäute, Getreide- und Heubündel, Mäse- und Gerichte, als:

Motorkraftdampfer, Sägemaschinen, Säufel- und Saathäute, Getreide- und Heubündel, Mäse- und Gerichte, als:

Motorkraftdampfer, Sägemaschinen, Säufel- und Saathäute, Getreide- und Heubündel, Mäse- und Gerichte, als:

Motorkraftdampfer, Sägemaschinen, Säufel- und Saathäute, Getreide- und Heubündel, Mäse- und Gerichte, als:

Motorkraftdampfer, Sägemaschinen, Säufel- und Saathäute, Getreide- und Heubündel, Mäse- und Gerichte, als:

Motorkraftdampfer, Sägemaschinen, Säufel- und Saathäute, Getreide- und Heubündel, Mäse- und Gerichte, als:

Motorkraftdampfer, Sägemaschinen, Säufel- und Saathäute, Getreide- und Heubündel, Mäse- und Gerichte, als:

Motorkraftdampfer, Sägemaschinen, Säufel- und Saathäute, Getreide- und Heubündel, Mäse- und Gerichte, als:

12 Ztr. Rothflee

auch in kleineren Posten, kauft

Radmannsdorf b. Göttersfeld.

100 Ztr. Thymothee

inland, a. M. 22, — bei 10 Ztr.

a. M. 21, — mehr M. 20, —

50 Ztr. Schwedischflee

a. M. 42, — bei 10 Ztr. M. 40, —

Off. u. Demut. frfo. [1359]

Gustav Dahmer

Briefen Westpr.

Viehverkäufe.

2 jette Ochsen 31 Grschw.

— 5 tragende —

Rühe und Sterken

verkauflich in Ostrowitz, Post

Froegenauf Ostpr. [1415]

Geldverkehr.

Mk. 1800

auf ein ländliches Grundstück

zur 2. Stelle sofort gesucht

E. Doege, Mühlenstr. 5.

Grundstücks- und

Geschäfts-Verkäufe.

1450] In einer Kreisstadt West-

preußens ist

ein Grundstück

vorz. l. geeignet zur Felderei

sofort zu verkaufen resp. zu ver-

pachten. Näheres durch

E. Doege, Mühlenstr. 5.

Mühlengrundstück

bodent. mähr. u. böhm. M. 1411

Zustande, leb. Inventar. 6 Pferde,

8 Milchkuhe, 2 Starks, 1 Bull,

12 Mähchweine zc., Wolkerei am

Platz ist günstig zu verkaufen

durch E. Doege, Mühlenstr. 5.

Ein Grundstück

in einer Kreis- u. Garnisonstadt,

vorz. l. geeignet zum Fabrik-

geschäft und Seisenfabrik

Motorkraft zc. ist mit zum Ver-

kauf übergeben. Preis 27000

Mark. Näheres durch E. Doege,

Mühlenstr. 5.

Ein Grundstück

in einer Kreis- u. Garnisonstadt,

vorz. l. geeignet zum Fabrik-

geschäft und Seisenfabrik

Motorkraft zc. ist mit zum Ver-

kauf übergeben. Preis 27000

Mark. Näheres durch E. Doege,

Mühlenstr. 5.

Ein Grundstück

in einer Kreis- u. Garnisonstadt,

vorz. l. geeignet zum Fabrik-

geschäft und Seisenfabrik

Motorkraft zc. ist mit zum Ver-

kauf übergeben. Preis 27000

Mark. Näheres durch E. Doege,

Mühlenstr. 5.

Ein Grundstück

in einer Kreis- u. Garnisonstadt,

vorz. l. geeignet zum Fabrik-

geschäft und Seisenfabrik

Motorkraft zc. ist mit zum Ver-

kauf übergeben. Preis 27000

Mark. Näheres durch E. Doege,

Mühlenstr. 5.

Ein Grundstück

in einer Kreis- u. Garnisonstadt,

vorz. l. geeignet zum Fabrik-

geschäft und Seisenfabrik

Motorkraft zc. ist mit zum Ver-

kauf übergeben. Preis 27000

Mark. Näheres durch E. Doege,

Mühlenstr. 5.

Ein Grundstück

in einer Kreis- u. Garnisonstadt,

vorz. l. geeignet zum Fabrik-

geschäft und Seisenfabrik

Motorkraft zc. ist mit zum Ver-

kauf übergeben. Preis 27000

Mark. Näheres durch E. Doege,

Mühlenstr. 5.

Ein Grundstück

in einer Kreis- u. Garnisonstadt,

vorz. l. geeignet zum Fabrik-

Suche von sofort auch später

anderweitige Stellung als

Werthführer.

Bin 30 Jahre alt, verh., 1 Kind,

habe größere Mühlen mit bestem

Erfolge geleitet. Beste Stellung

5 Jahre. Br. Zeugnisse stehen zu

Diensten. Meld. briefl. unter Nr.

1466 an den Geselligen erbeten.

1189] Ein zuverlässiger Müller

sucht auf einer größeren Dampf-

oder Wassermühle, welcher auch

mit dem Schneiden vertraut ist,

von sofort oder später Stellung.

Näheres bei Emil Guwald,

Himmelfort, Kr. Moryungen.

Ein verh. Schmied

mit e. Lehrling, m. Dampfmasch.

vertraut, sucht Stell. von sof. Off.

an Schmiedemstr. S. y m a n s k i

in Kl. S u m m e r v e r n a m m o w o.

Landwirtschaft

Landwirth, 24 bre alt,

Soldat gewesen, sud. 15. Jan.

oder 1. Februar Stellung als

alleiniger Beamter unter Leitung

des Prinzipals. Vorstellung kann

erfolgen. Bedingungen briefl. unt.

Nr. 1186 an den Geselligen erb.

Ein verheiratheter Inspektor

sucht zum 1. Juli 1897 dauernde

Stelle, da das Gut, welches von

ihm 25 Jahre selbstständig be-

wirtschaftet wurde, zu der Zeit

von E. Sobne des Besitzers übernom-

men wird Gute Zeugn. u. Empf. a. Seite.

Gest. Off. u. L. P. v. J. Wapno (Pol.)

1292] Ein tüchtiger, kant. aus-

fähiger, verheiratheter

Administrator

ohne Familie, mit vorzüglichen,

Lehrlingsstellen

Ich suche

Offertire
hochf. Perl- u. Javakaffees
gebrannt von 1,10 Mk. bis 1,45 Mk.
Wiederverkauf. Rabatt Graudenz.
A. Simanowski, Paderborn.

Berühmte Mischungen
Mk. 2,80 und 3,50 pr. Pfd.
Probepackete 60 u. 80 Pf.
Zu haben bei [5592]
F. A. Gaebel Söhne Nachf.
Gründenz.

78821

Niederlage **van Houtens Cacao** in **Graudenz** bei **Fritz Kyser**.
Niederlage **van Houtens Cacao** in **Graudenz** bei **Paul Schirmacher**, Getreidemarkt 30
und Marienwerderstrasse 19.

Eine Kiste enthält 3 Flaschen, incl. Kiste und Porto Mk. 5.—

der Aktien-Gesellschaft Deutsche Cognacbrennerei
vormals Gruner & Co. in Siegmars
ist das erste u. beste deutsche Produkt, von ärrtl. u. hem.
Kapacitäten empf. u. jedem Konkurrenzzeugenq. überf.
Verkehr nur mit Großhändl. Rufter gratis u. franco. [1933]
Alleinverkauf der Originalabfüllungen bei
Lindner & Co. Nachf. in Grandenz.
Generalvertretung für Westpreußen: Engen Rondo, Danzig.

28074 in drei Klassen vertheilte Gewinne und eine Prämie.
Ziehung 1. Klasse am 14. und 15. Januar 1897.
 Größter Gewinn ist im **1 Viertel Million Mark**
 glücklichsten Falle
Hauptgewinne: 1 Prämie 150 000, 100 000, 75 000,
50 000, 40 000, 30 000, 25 000, 20 000.

Loose 1. Klasse zu Planpreisen $\frac{1}{4}$ = M. 6,60, $\frac{1}{2}$ = M. 3,30.
 Portu. u. Gewinn f. St. 30 Pf.
Vollloose f. alle 3 Klassen gültig: Ganzes M. 15,40, Halbes M. 7,70
 empfiehlt und verbietet jeden Einwendung des Betrages ev. auch
 unter Nachnahme. [1194]
Ludwig Böcker, Lotterle- und **Hannover.**
 Pant- u. Geschäft.

II. Gr. Weseler Geld-Lotterie.
Ziehung I. Klasse 14. und 15. Januar 1897.
28074 in 3 Klassen vertheilte Gewinne mit
1 Million 410870 Mk.
Hierzu gebe ich 60 Pf. unter amtlichem
Preis Originalloose I. Kl. $1\frac{1}{2}$ 6 M., $1\frac{1}{2}$ 3 M.
Porto und Liste 20 Pf. 11070
Erneuerung zum amtlichen Preis. Bank- Berlin,
M. Fraenkel jr., geschäftl. Wilhelmstr. 145.

Amper. Soglenz. Bierapparate

 hat, da
 Bier
 wechsl,
 wöchl,
 Die von
 uns forz,
 Bierapp.
 s. sich d. f.
 elg. Aus-
 statt. u.
Nachdruck verboten.
 pratt. Kontr. aus. Nebenst. eh. App.
 ohne Kohlenz. St. u. Gese. f. M. 48.
 Gehr. Franz. Königsberg i. Pr.
 Aut. PreisCourants fr. u. gratis.



Streng Reelle
Stoffe

zu Anzügen, Paletots etc.
 in Tuch, Buckskin,
 Cheviot, Kammgarn,
 Uniform-Jagd-u. Loden-
 stoffe, schw. Cachemir
 u. Damentuche versendet
 stück- u. meterweise
 das Tuch-Versand-Haus
F. Sölter & Starke
 gegründet 1787, in Schweidnitz
 in Schlesien.
 Franko-Zusendung
 d. Muster. Anerkennungs-
 schreiben in
 gross. Anzahl.



**Preislisten mit
300 Abbildungen**
verfr. franco gegen 20 Pf. (Briefm.)
die Bandagen- und Chirurgische
Waarenfabrik von **Müller & Co.,**
Berlin, Prinzenstr. 42

Gänsefedern 60 Pfg.
 neue (zum Nähen) pr Hund; Gänse-
 schlachtfedern, so wie sie von der Gänse-
 fallen, fullerartige, staubfreie Gänse-
 ruspfedern pr Hund 2 Ml., böhmisches
 Gänsebaibonnen Pfd. 2,50 Ml., ruf-
 sische Gänsebaibonnen Pfd. 3,50 Ml.,
 böhmisches weißes Gänsebaibonnen Pfd.
 5,00 Ml. (vom leichten bis zu Sorten
 3 bis 4 Pfd. zum großen Obertheil völlig
 ausreichend) verkehrt gegen Nachnahme
 (nicht unt. 10 Ml.)
Gustav Lustig, Berlin S.,
 Prinzenstr. 46. Verpact. w. nicht berech.
 Viele Anerkennungs-schreiben.
 Proben u. Preisliste gratis. Rücksendg.
 od. Umlaufg. gefahrt.

**Ein gut erhaltener
 Koupéewagen**
 steht billig zum Verkauf.
 E. Rux, Bromberg, Danzigerstr. 131

Adressbuch für Berlin
und seine Vororte
1897
ist erschienen.

Das Adressbuch der Reichshauptstadt ist im Hinblick auf die vielen geschäftlichen und gesellschaftlichen Beziehungen, welche zwischen Berlin und allen bedeutenden Orten Deutschlands bestehen, für alle Geschäftsleute, insbesondere Hoteliers, Restaureure u., auch außerhalb Berlins ein nothwendiges Nachschlagewerk. Der Preis für das einbändige Exemplar des Adressbuches für Berlin und seine Vororte beträgt 8 Mark, für das zweibändige Exemplar 10 Mark.

Bestellungen nehmen die Haupt-Expedition des „Berliner Lokal-Anzeiger“, Berlin SW., Bismarckstraße 40/41, sowie alle Buchhandlungen entgegen.

Mein Engagements-Bureau
für die Gastwirthsbranche befindet sich nach wie vor [5
Königsberg i. Pr., Magisterstraße 56. F. Horn

== Vollständige ==

Schneide- und Mahl-Mühlen-Einrichtungen



sowie

Dampfmaschinen

(letztere von 4–15 PS. stets auf Lager)

bauen als Spezialität [1424]

nach neuesten Erfahrungen

Karl Roensch & Co.

Maschinenfabrik u. Eisengiesserei

ALLENSTEIN.

Ueberrasch. schön
u. sehr sol. gearbeitet
sind meine echten
Weichselfleifen
u. liefere solche, wie
Abbildung, weit ge-
bohrt in Kernspitze,
75 cm lang, p. Dtzd
Mk. 24 —; 90 cm Mk
27—; 100 cm hochfein
Mk. 30—. Probe:
Halb-Dutzend gebe-
ab, nehme Nichtcon-
venirendes zurück.
Bei Dutzd.-Abnahme
franko. [6940
M. Schreiber, Hal-

Pianoforte

Fabrik **L. Herrmann & Co.**
Berlin, Neue Promenade 5,
 empf. ihre Pianinos in kreuz-
 weis. Eisenconstr., höchst. Ton-
 fülle u. fest. S. imm. Vers. frei-
 nachw. Probe geg. baar od.
 Rat. von 15 Mk. monatlich
 u. ohne Anzahlung. Preisver-
 zeichniss fran o. 1107

Harzfäße

reinste, fette Waare. Postkiste
 Nr. 3,30 frei gegen Nachnahme,
 größere Posten billiger, offerirt
G. C. Lutherr,
 Duedelsburg a. S.



Hermann Eschenbach
Marknenkirchen. Sa
14, direkte u. vorthell-
hafteste Bezugsquelle
aller Musik-Instru-
mente und Saiten.
Illustr. Preisliste um-
sonst u. portofr. 17025

 **Preisliste**
für Masten-Gar-
derobe versendet
portofrei das
Rosten - Berleib - Institut von
451 T. A. Krause,
Allenstein i. Ostpreuss.

Black Varnish
zum Schiffsanstrich
empfiehlt billigst [795]
Johannes Marquardt,
Gummi- und Lackfabrik

Sehr beachtenswerth
für jede
Sparsame Hausfrau!
Riesengebirgs-Leinen
zu jed. Art von Leib- u. Bett-
wäsche geeignet, ohne künstl.
Appretur u. f. w. in vorzähl.
sehr preiswerth. Qualit. verj.
jed. Maas direct an Private

P. Schittko,
Liebau u. Schl.,
Leinen-Waaren-Verfab.
Reichl. Muttercollect. 105. fr.
Send. im Werthe v. Mk. 16
an franko durch ganz Deutsch-
land, Oesterreich-Ungarn.
Schweiz.

Auf die
reellste und billigste Weise
können stets
Tausende
verbildet werden. Wer zur
Orientirung den diesbezüglichen
Prospekt gratis und franko an-
gesandt haben will, wende sich
gest. schriftlich an [4502]
Julius Weil, Buchgeschäft
in München.

4452] Oefftne frischelebende

Karpfen
und Zander
 50 Pfennig p. Pfund und ver-
 sende per Postkoll jedes be-
 liebige Quantum.
J. Wisermann, Fischhandl.,
 Eberhardstr.

